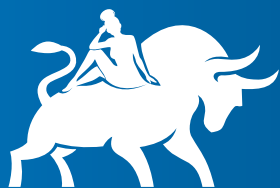


EUROPAWAHL PROGRAMM 2024



**EUROPA
NEU DENKEN!**



Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament

Beschlossen auf der Europawahlversammlung der AfD
in Magdeburg, 29. bis 30. Juli und 4. bis 6. August 2023.

Inhaltsverzeichnis

Präambel 8

Europa neu denken 8

Ein Europa der Nationen 9

Die EU ist ein undemokratisches und reformunfähiges Konstrukt..... 9

Das EU-Projekt ist gescheitert..... 10

Ein Bund europäischer Nationen 10

 Freiheit und Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten..... 10

 Binnenmarkt mit Ziellandprinzip 11

 Ein gemeinsamer Außengrenzenschutz: Festung Europa 11

Der Weg zum Bund europäischer Nationen 11

 Volksabstimmungen zur EU auf Bundesebene 11

 EU-Parlament abschaffen 11

Die EU – Zentralismus und Bürokratie 11

 Lobbyismus, Korruption und Bereicherung 12

 Information und Transparenz..... 12

Fundamentalistischer Islam – Gefahr für Europa 12

 Muslimischen Antisemitismus erkennen und bekämpfen..... 13

Die Identität der Nationen bewahren 13

 Nationale Souveränität in der Asyl- und Zuwanderungspolitik 13

 Der Schutz vor Straftätern und Gefährdern ist unabdingbar 14

 Deutschlands Kontrollverlust beenden..... 14

 Änderung des Schengener Abkommens..... 15

 Innere Sicherheit und Justiz sind nationale Aufgaben 15

 Islamistische Terrorpotenziale abwehren und bekämpfen 16

 Festung Europa..... 16

 Die künftige Rolle der EU: Unterstützung der Mitgliedstaaten bei Grenzschutz,
 Rückführung und Hilfe vor Ort 17

 Remigration statt Talentabwerbung 17

 Grenzschutz ist Bürgerschutz 17

 EU-Freizügigkeit: Privilegien zurückfahren – Missbrauch beenden..... 18

 Verteidigung gegen Migration als Mittel der hybriden Kriegsführung 18

 Kontrolle statt Menschenhandel..... 18

 Qualifizierte Zuwanderung nach japanischem Vorbild..... 18

Geld- und Währungspolitik: Der Euro ist gescheitert 19

 Zurück zu Recht, Wohlstand und sozialem Frieden in Europa durch Wiedereinführung
 nationaler Währungen..... 19

 Transferunion aufkündigen 20

 Beendigung der vertragswidrigen und planwirtschaftlichen Politik von EZB und EU-Kommission..... 20

 Keine Schuldenaufnahme durch die EU – Rettungskredite nur auf nationaler Ebene und nur für
 nationale Investitionen 20

 Erhalt des Bargelds 21

 Keine deutsche Haftung für ausländische Banken..... 21

 TARGET2-Risiko beenden 22

 Schutz gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren, Staatsgold zurück nach Deutschland holen 22

Die wirtschafts- und sozialpolitische Souveränität der EU-Staaten wahren 22

 Wettbewerb statt Bürokratie 23

 Wertschöpfung erhalten, Schlüsseltechnologien fördern..... 23

 Qualitätsstandards sichern..... 24

 Investitionssteuerung durch den Markt statt durch EU-Taxonomien 24

 Zuwanderung von Arbeitskräften 24

 Niederlassungsfreiheit 24

 EU und Sozialpolitik..... 25

 Sozialleistungen für EU-Ausländer..... 25

 Keine europäische Sozialunion 25

Steuern und Finanzen 26

 Besteuerung international tätiger Großkonzerne 26

 Internationale Unternehmensbesteuerung..... 26

 Keine EU-Steuern 26

 Aktive Förderung eigener Unternehmen durch Steuererleichterungen..... 26

 Verbrauchssteuerrecht bei den Mitgliedstaaten belassen..... 27

 Finanztransaktionssteuer 27

 Marktwirtschaft statt CO₂-Bepreisung 27

 Regionen stärken..... 27

 EU-Haushalt verkleinern..... 27

 Reform der EU-Eigenmittel..... 28

Außenpolitik 28

 Deutschland und Europa im Wandel der internationalen Beziehungen 28

 Bündelung gemeinsamer europäischer Interessen 29

 USA..... 29

Russland	29
China	29
Europäischer Nachbarraum	30
Verteidigungs- und Sicherheitspolitik	30
Strategische Autonomie: Die sicherheitspolitische Selbständigkeit Europas im neuen Zeitalter	30
Deutscher Beitrag zur europäischen Sicherheit	31
Erhalt und Ausbau der deutschen und europäischen wehrtechnischen Industrie	31
Außenhandelspolitik	31
Entwicklungspolitik	32
Auswärtige Kulturpolitik	32
Verkehr	32
Motorisierten Individualverkehr schützen	32
Europäische Verkehrsverbindungen stärken	33
Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und Wasserwege verlagern	33
Europäischen Schienenverkehr für die Zukunft ertüchtigen	33
Güterkraftverkehr ohne Lohn- und Sozialdumping	33
Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken	34
Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten	34
Bauen und Wohnen	34
Keine EU-Zuständigkeit für Bauen und Wohnen	34
Finanzierung, Förderung und Migration	35
Infrastruktur	35
Ideologiefreie Raumplanung und -nutzung	35
Gleichberechtigung von Stadt und Land	35
Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Tierwohl, Jagd, Umwelt- und Verbraucherschutz ...	36
Förderung von Landwirtschaft und ländlichem Raum	36
Waldpflege und Forstwirtschaft	37
Tierschutz und Tierwohl	37
Jagd, Hege und Artenschutz	38
Windkraftindustrie gegen Arten- und Landschaftsschutz	38
Gewässerschutz	39
Verbraucherschutz	39
Klima, Energie und Digitalisierung	39
Keine ökosozialistische Umverteilung: „Fit für 55“	40

CO ₂ -Steuer, Klimawahn und Grenzwerte	41
Energie	41
Digitalisierung	42
Für einen bürgerfreundlichen Datenschutz	43
Gesundheitspolitik	43
Krankenhäuser nicht weiter privatisieren	43
Arzneimittelversorgung sichern	43
Keine medizinische Behandlung im Sinne des „Gender Mainstreaming“	44
Keine Impfpflicht	44
Stopp aller Corona-Impfungen	44
Den Beruf des Heilpraktikers bewahren	45
Nur nach deutschen Standards qualifiziertes Personal einsetzen	45
Medizintechnik	45
Missbrauch von medizinischen Daten verhindern	45
Familienpolitik	46
Familie und Demografie	46
Kinder sind sinnstiftend, bereichernd und lebensnotwendig	46
Eigenverantwortung der Familien stärken	46
Gesellschaftliche Leistung von Familien würdigen	46
Abtreibungen müssen zur Ausnahme werden	47
Gender-Ideologie stoppen	47
Kindergeld nach Bedarf	47
Bildung und Forschung	48
Nein zum „Europäischen Bildungsraum“	48
Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre wiederherstellen	48
Duale Ausbildung, Meisterprüfung und duales Studium stärken	48
„Inklusion“ – aber richtig	49
Ideologischen Durchgriff der EU auf deutsche Kinder und Jugendliche verhindern	49
Digitalisierung mit Verstand und Augenmaß	49
Forschungsprogramm „Horizon Europe“ und andere	49
Kulturpolitik	50
Kulturhoheit der Nationen verteidigen	50
Kulturerbe bewahren	51
Keine Schuld- und Schamkultur	51
Für Freiheit und Unabhängigkeit der sozialen Medien	51

■ Europa neu denken

Die Alternative für Deutschland steht seit ihrer Gründung zu der Idee eines Europas der Vaterländer, einer europäischen Gemeinschaft souveräner, demokratischer Staaten, die zum Wohle ihrer Bürger bei all jenen Aufgaben zusammenwirken, die gemeinsam besser bewältigt werden können.

Die EU und die sie tragenden Eliten haben sich von der Ursprungsidee der Gründerväter einer europäischen Gemeinschaft schon vor vielen Jahren verabschiedet. Sie höhlen die Souveränität der Nationalstaaten kontinuierlich aus und streben einen EU-Superstaat an. Ein solches Gebilde verfügt weder über ein Staatsvolk noch über das erforderliche Mindestmaß an kultureller Identität, welche notwendige Voraussetzungen für gelingende, demokratisch verfasste Staaten sind.

Das vollständige Versagen der EU in allen Bereichen, die Europa existenziell betreffen, zeigt sich exemplarisch in der fahrlässig herbeigeführten Migrationskrise. Obwohl der Schutz der europäischen Außengrenzen zu den wesentlichen Aufgaben der EU gehört, steht sie der illegalen, durch kriminelle Schlepperbanden organisierten Masseneinwanderung tatenlos gegenüber. Grenzen müssen wieder als das verstanden werden, was sie sind: als Schutz vor Angriff und Vereinnahmung, als Unterscheidung von Eigenem und Fremdem, als Voraussetzung für souveräne Staatlichkeit.

Eine weitere Fehlentwicklung ist in der Klima- und Energiepolitik festzustellen. Das Dogma des menschengemachten Klimawandels dient der EU als Vorwand, um in alle Lebensbereiche reglementierend einzugreifen. EU-Programme wie der „Green Deal“ und „Fit for 55“ wirken sich zerstörerisch auf die europäische und insbesondere die deutsche Wirtschaft aus. Auf das Weltklima werden alle diese Maßnahmen absehbar keinen Einfluss haben.

Die Idee einer Einheitswährung für wirtschaftlich völlig unterschiedlich entwickelte und strukturierte Staaten sehen wir als gescheitert an. Es handelt sich um eine politische Wunschvorstellung, die mit ökonomischen Gesetzen nicht in Einklang zu bringen ist. Die daraus folgende hohe Inflation führt zur schleichenden Enteignung der Bürger.

Von der Sanktionspolitik der EU ist Deutschland als Wirtschafts- und Exportnation auf katastrophale Weise betroffen. Jegliche Dominanz außereuropäischer Großmächte in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik lehnen wir ab. Die Staaten Europas werden so in Konflikte hineingezogen, die nicht die ihren sind und ihren natürlichen Interessen – fruchtbaren Handelsbeziehungen im europäisch-asiatischen Raum – diametral entgegenstehen. Deshalb ist es notwendig, dass Europa seine Verteidigungsfähigkeit schrittweise in die eigene Hand nimmt. Ein wehrhaftes Deutschland ist unabdingbar für unsere Souveränität und Sicherheit in einer sich grundlegend ändernden Welt. Die Passivität der deutschen Bundesregierung nach der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines zeigt das Ausmaß der Selbstaufgabe eines großen europäischen Staates. Auch Waffenlieferungen in Kriegsgebiete dienen nicht dem Frieden in Europa.

Alle Krisen seit 2008 – Weltfinanzkrise, Eurokrise, Migrationskrise, Corona-Krise, Energiekrise, Inflationskrise sowie die angebliche Klimakrise – wurden genutzt, um die Staatswerdung der EU voranzutreiben, unterstützt vom Europäischen Gerichtshof und einer selbstherrlichen Bürokratie. Deren Entschlossenheit zeigte sich nicht zuletzt darin, „bei Bedarf“ sogar gegen vertraglich festgelegte Grundsätze über die Arbeitsweise der EU zu verstoßen, wie das Verbot der Haftung für fremde Schulden (Art. 125 AEUV) und das Verbot der Schuldenaufnahme zur Finanzierung des EU-Haushalts (Art. 311 AEUV).

Wir halten die EU für nicht reformierbar und sehen sie als gescheitertes Projekt. Daher streben wir einen „Bund europäischer Nationen“ an, eine neu zu gründende europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft, in der die Souveränität der Mitgliedstaaten gewahrt ist. Das Wohl Deutschlands und seiner Bürger steht für uns dabei an erster Stelle.

Als zentrale gemeinsame Interessen dieses Bundes betrachten wir (1) einen gemeinsamen Markt, (2) den wirklichen Schutz der Außengrenzen gegen illegale Zuwanderung, (3) die Erlangung strategischer Autonomie im sicherheitspolitischen Handeln und (4) die Bewahrung der europäischen Kultur und ihrer verschiedenen Identitäten. Auf diesen Grundpfeilern ruhend, können die Mitgliedstaaten autonom und flexibel funktionale bi- oder multilaterale Verträge nach ihren Bedürfnissen schließen. Frieden und Interessenausgleich müssen dabei im Mittelpunkt stehen. „Einheit und Stärke nach außen – nationale Vielfalt nach innen“ lautet unsere Formel für den europäischen Pol in der entstehenden multipolaren Weltordnung.

Ein Europa der Nationen

■ Die EU ist ein undemokratisches und reformunfähiges Konstrukt

Die EU ist undemokratisch, da das Europäische Parlament nicht nach dem urdemokratischen Prinzip des gleichen Stimmgewichts für jeden Wähler gewählt wird. Art. 14 Abs. 2 Satz 3 EUV legt stattdessen einen „degressiv proportionalen“ Wahlmodus fest, der zu großen Unterschieden des Stimmgewichts innerhalb der Wählerschaft führt. Je kleiner das Land, desto größer ist das Gewicht der einzelnen Wählerstimme.

Der Rat als das wichtigste Legislativorgan der EU besteht aus Mitgliedern, die gleichzeitig Mitglieder nationaler Exekutivorgane sind. Auch dies stellt einen Verstoß gegen ein Fundamentalprinzip jeder Demokratie dar, nämlich die Gewaltenteilung.

Der Europäische Gerichtshof setzt sich mittels der „Lehre vom Vorrang des Unionsrechts“ eigenmächtig über die Verfassungen und Verfassungsgerichte der Mitgliedstaaten hinweg. Dafür gibt es keine Grundlage in den Verträgen. Zudem versteht er sich als Motor der Integration und nicht nur als Streitschlichter. Unsere Kritik an den Demokratiedefiziten der EU veranschaulicht, dass die EU an ihren selbst gesteckten demokratischen Maßstäben scheitert und nur der Nationalstaat eine authentische Quelle von Demokratie sein kann. Selbst wenn es aber der EU gelänge, ihr Demokratiedefizit zu beheben, wäre damit das Grundproblem nicht gelöst. Denn unabhängig von Demokratiedefiziten entwickelt sich die EU immer mehr zu einem europäischen Bundesstaat, bei dem die einzelnen Mitgliedsländer zu bloßen Gliedstaaten ohne eigene Souveränität degradiert werden. Dagegen hilft nur eine konsequente Rückkehr zum Einstimmigkeitsprinzip zwischen den Mitgliedstaaten.

Alle Maßnahmen der sogenannten Euro-Rettung verstoßen gegen das vertragsrechtliche Verbot der Kreditfinanzierung von EU-Staaten nach Art. 123 AEUV und das vertragsrechtliche Hilfeverbot („No bail out“-Klausel) des Art. 125 AEUV – so geschehen beim Schuldenerlass und den Finanzhilfen für Griechenland im Jahre 2012 und der unkonditionierten Geldverteilung an alle EU-Staaten gemäß dem „Wiederaufbauprogramm für Europa“ (NextGenerationEU) im Jahr 2022 aus dem EU-Haushalt. Deren Tilgung wird überproportional den Netozählern unter den Euro-Mitgliedstaaten aufgebürdet, die unterproportional Mittel erhalten haben. Während der Binnenmarkt in der EWG prosperierte und Wohlstand für alle beteiligten Staaten schuf, wird unter EU-Regime die internationale Wettbewerbsfähigkeit zunehmend durch eine Überregulierung der EU und die gemeinsame Währung der Eurozone erdrosselt.

■ Das EU-Projekt ist gescheitert

Die EU hat sich zu einem undemokratischen Konstrukt entwickelt, das immer mehr Gewalt an sich zieht und von einer intransparenten, nicht kontrollierten Bürokratie regiert wird.

Mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Lissabon wurde das Prinzip der Volkssouveränität ausgehöhlt. Der Versuch, funktionierende demokratische Nationalstaaten aufzulösen und durch eine Art europäischen Superstaat zu ersetzen, ist zum Scheitern verurteilt. Die Vielfalt der europäischen Kulturen und Sprachen ist das Ergebnis jahrhundertelanger geschichtlicher Entwicklungen. Sie ist identitätsstiftend für uns alle. Es ist illusorisch, die nationalen Identitäten durch eine „europäische Identität“ ersetzen zu wollen. Weder gibt es ein europäisches Staatsvolk, das für ein solches Vorhaben eine Grundvoraussetzung wäre, noch sind Anzeichen erkennbar, dass sich ein solches Staatsvolk herausbilden wird. Schon die stark unterschiedlichen Nationalsprachen verhindern dies.

Wir lehnen eine EU ab, die sich zu einem Staat mit Gesetzgebungskompetenz und einer eigenen Regierung aufschwingen will, ebenso die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“. Ausschließlich in Nationalstaaten mit demokratischer Verfassung können Volkssouveränität und Grundrechte der Bürger gelebt und bewahrt werden.

Da die EU nicht im Sinne der AfD reformierbar ist, treten wir für die Neugründung einer europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft ein.

■ Ein Bund europäischer Nationen

Die Völker Europas sind durch gemeinsame Geschichte und ihre Orientierung an gemeinsamen humanitären Werten des Zusammenlebens miteinander verbunden. Insbesondere die griechische Philosophie, das römische Recht, das Christentum und die Aufklärung haben eine prägende Wirkung für alle europäischen Völker entfaltet. Dazu gehören auch die Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt sowie die freie Entwicklung von Wissenschaft und Kunst, welche die Grundlagen für die Führungsrolle Europas in der Welt seit dem Beginn der Neuzeit bildeten.

Angesichts der Tatsache, dass die EU nicht reformierbar ist, treten wir für die Gründung eines Bundes europäischer Nationen ein. Die Entscheidung über eine neue Form des Zusammenlebens der Völker in Europa darf in Deutschland nach Vorstellung der AfD nur durch eine Volksabstimmung getroffen werden.

Freiheit und Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten

Eine Einschränkung der Souveränität jedes europäischen Staates durch Belange der neu zu schaffenden Gemeinschaft wird ausgeschlossen, ebenso die Etablierung von Gemeinschaftsnormen, die über den nationalen Verfassungen stehen. Grundsätzlich soll Vertragsfreiheit für jeden Staat und jeden einzelnen Politikbereich auf völkerrechtlicher Basis mit einem geregelten Austrittsrecht gelten. So wird sichergestellt, dass Verträge nur dann geschlossen werden und fortbestehen, solange sie für alle Vertragspartner von Vorteil sind und deren Souveränität dabei nicht unangemessen und auf Dauer einschränken.

Auch bei allen zwischenstaatlichen Verträgen ist Transparenz das oberste Gebot staatlicher Aktivitäten. Jeder Bürger hat das Recht auf vollständige Information.

Zwischenstaatliche Streitigkeiten sind durch einen Gerichtshof zu schlichten, dessen Richter von den nationalen Verfassungsgerichten entsandt werden.

Binnenmarkt mit Ziellandprinzip

Wir bekennen uns zur Sozialen Marktwirtschaft, zum gemeinsamen Markt, der Zollunion und einer gemeinsamen Handelspolitik. Die Gemeinschaft gewährleistet den uneingeschränkten wechselseitigen Marktzugang. Die Einwanderung in die Sozialsysteme wird wirksam unterbunden. Strukturgleiche Länder können eine Gemeinschaftswährung behalten oder neu schaffen.

Ein gemeinsamer Außengrenzenschutz: Festung Europa

Zum Schutz der europäischen Nationen und Kulturen muss die Masseneinwanderung beendet werden. Der Schutz der europäischen Außengrenzen ist die erste und wichtigste Gemeinschaftsaufgabe. Er umfasst die Errichtung physischer Barrieren, eine technische Überwachung und den Einsatz von Grenzschutzkräften. Die Durchführung wird nationalen Behörden auf Basis multilateraler Verträge übertragen.

■ Der Weg zum Bund europäischer Nationen

Ein vorrangiges Ziel der AfD im existierenden EU-Parlament besteht darin, in der bevorstehenden Wahlperiode Parteien aus allen Ländern für das Zukunftsprojekt einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft zu gewinnen. Zusammen mit ihnen wollen wir unsere Vorstellungen konkretisieren.

Solange die Fehlkonstruktion EU fortbesteht, werden wir uns dafür einsetzen, weitere Einschränkungen der nationalen Souveränität und weitere Umverteilungen von Wohlstand und Vermögen unserer Bürger durch EU-Regelungen zu verhindern.

Volksabstimmungen zur EU auf Bundesebene

Es darf in Deutschland keine Verträge bezüglich einer EU-Erweiterung sowie der Abgabe von Hoheitsrechten und Haftungszusagen ohne Volksabstimmungen geben. Es ist das selbstverständliche Recht eines jeden Volkes in der Europäischen Union, über den Verbleib in der EU, die Währungsunion und sonstige supranationale Projekte abzustimmen. Dieses Recht wird uns in Deutschland von den seit Jahrzehnten regierenden Parteien vorenthalten.

EU-Parlament abschaffen

Das undemokratisch gewählte EU-Parlament wollen wir abschaffen. Die Rechtsetzungskompetenz wird bis zur Neuordnung der Verhältnisse allein dem Rat übertragen, dessen Mitglieder in ihrem Stimmverhalten jedoch an Entscheidungen der nationalen Parlamente gebunden werden müssen.

■ Die EU – Zentralismus und Bürokratie

Die maßgeblichen politischen Entscheidungsträger Europas haben die Europäische Union zu einem monströsen Behörden- und Verwaltungsapparat aufgebläht: zwölf EU-Institutionen mit mehr als 32.000 Beschäftigten, Personalkosten von über acht Milliarden Euro, 25 EU-Agenturen mit einer öffentlich nicht bekannten Zahl von Mitarbeitern und Heerscharen von Dienstleistern wie Dolmetschern und Sachverständigen. Die Abgeordneten, Kommissare, Beamten und sonstigen EU-Beschäftigten erhalten unangemessen hohe Vergütungen und überhöhte Pensionsansprüche bis hin zu steuerfreien Zulagen. In der EU verdienen, beispielhaft erwähnt, etwa 4.000 EU-Beamte mehr als der deutsche Bundeskanzler (290.000 € brutto/Jahr), der Regierungschef des größten EU-Mitgliedstaates.

Bis zur Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft werden wir jede Verkleinerung des administrativen Apparats unterstützen. Die Förderung von Europaparteien und deren Stiftungen aus Steuermitteln muss beendet werden.

Lobbyismus, Korruption und Bereicherung

Aufgrund mangelnder Bürgernähe, der Intransparenz der EU-Institutionen, deren weitreichender Regulierungsmacht und deren Entscheidung über gewaltige Geldmittel hat sich eine Vertreter-Maschinerie mit mehr als 25.000 Lobbyisten in den Schaltstellen der EU ausgebreitet. Die Einwirkung auf die Brüsseler Bürokratie erfolgt intensiv und unkontrollierbar schamlos, zuweilen werden Rechtsakte der EU direkt von den Lobbyisten verfasst. Die nach unzähligen Skandalen getroffenen Maßnahmen zur Regulierung des Lobbyismus sind nur unzureichend und weitgehend wirkungslos. Wir fordern deshalb ein verpflichtendes Lobbyregister, in dem jeglicher Kontakt mit Lobbyisten zeitnah und lückenlos veröffentlicht wird.

Information und Transparenz

Während Lobbyisten und Interessenvertreter umfassend und vorab informiert werden, bleiben den Bürgern die Informationen der EU-Institutionen in der Regel vorenthalten. Bei Verhandlungen über Handelsabkommen wie TTIP wurden sogar den demokratisch gewählten Abgeordneten der Nationalstaaten die Inhalte vorenthalten. Deshalb fordern wir ein uneingeschränktes Recht auf Information für alle Bürger und eine maximale Transparenz durch eine Veröffentlichungspflicht aller in den EU-Institutionen anfallenden Daten nach dem Vorbild des Hamburger Transparenzgesetzes. Sämtliche Privilegien für Lobbyisten sind abzuschaffen. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) haben eine jährliche Offenlegung eines Geschäftsberichtes vorzunehmen, aus dem ihre Finanzquellen und Aktivitäten hervorgehen.

Gremien, die der Umgehung von Demokratie dienen, wie z. B. eine „Konferenz für die Zukunft Europas“, „Bürgerräte“ o. Ä. lehnen wir als AfD ab! Es handelt sich dabei um Demokratiesimulationen, welche die bestehenden Demokratiedefizite verschleiern sollen.

Fundamentalistischer Islam – Gefahr für Europa

Wir wollen Europa im Geist der Freiheit und mit seinen demokratischen Werten für uns und unsere Nachkommen dauerhaft erhalten. Wir verteidigen Europa gegen einen gesellschaftlichen Rückschritt durch den fundamentalistischen Islam, dessen Lebensregeln von Koran und Sunna mit den europäischen Grundprinzipien von Recht, Freiheit und Demokratie nicht in Einklang zu bringen sind. Der fundamentalistische und bis heute gültige Islam versteht sich nicht nur als Religion, sondern auch als allein maßgebliche Rechts- und Gesellschaftsordnung, die ihren Herrschaftsanspruch über alle Menschen mittels der Scharia durchsetzen will. Dieser Islam trennt nicht zwischen Staat und Religion. Die Scharia regelt nicht nur das private Leben der Muslime, sondern alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Im Gegensatz dazu sehen die Rechtsordnungen der europäischen Staaten uneingeschränkte Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit vor, wie sie auch im Grundrechtskatalog des Grundgesetzes (Art. 4) verankert sind. Dem fundamentalistischen Islam ist die Religionsfreiheit fremd. Der Islam versteht sich als einzig gültige Religion auf Erden, zu der alle Menschen bekehrt werden müssen. Die Abwendung vom Islam (Apostasie) steht nach islamischem Recht unter Strafe.

Seit den 1960er-Jahren sind nach und nach immer mehr Migranten nach Deutschland und Europa gekommen, insbesondere aus den Staaten des islamischen Kulturkreises. Diese Entwicklung hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren weiter beschleunigt und seit dem Jahr 2015 gewaltige Ausmaße angenommen. Dies hat in vielen Ländern der Europäischen Union, wie z. B. in Schweden (Malmö) mit seiner äußerst liberalen Einwanderungspolitik, in Frankreich (Pariser Banlieue, Marseille) mit seinen ehemaligen Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent oder auch in Brüssel (Molenbeek), zu unlösbaren Integrationsproblemen in Form von Ghettobildung

und überbordender Kriminalität geführt. In einigen Ländern wie beispielsweise Frankreich, Belgien und den Niederlanden sind bereits ganze Stadtteile von islamischen Einwanderern bewohnt. Die einheimische Bevölkerung wurde fast vollständig verdrängt. Eine solche Entwicklung, die für das Zusammenleben notwendige Integrationsprozesse verhindert, muss vermieden werden.

Die Zuwanderung in Länder der EU muss strikten Regeln unterworfen und massiv beschränkt werden. Eine rechtliche und gesellschaftliche Ungleichbehandlung von Männern und Frauen kann in unseren freiheitlichen demokratischen Staaten nicht toleriert werden. Kinderehen, Vielehen (Polygamie), Zwangsehen nach islamischem Recht sind mit unserer Rechtsordnung nicht vereinbar. Dies gilt auch für rituelle Genitalverstümmelungen. Das geltende Strafrecht ist dabei konsequent durchzusetzen. Nach französischem Vorbild soll die Vollverschleierung von Frauen in der Öffentlichkeit verboten werden.

Muslimischen Antisemitismus erkennen und bekämpfen

Die romantisierende Verklärung von Zuwanderung verstellt oftmals den Blick auf den neu in Erscheinung tretenden Antisemitismus in Europa, der seine Wurzeln im Islam hat. Wir fordern daher eine gesellschaftliche Ächtung jeglicher Form von Antisemitismus – ausdrücklich auch, wenn die Urheber im linken oder muslimischen Milieu zu verorten sind.

Die Identität der Nationen bewahren

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union postuliert die „Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedstaaten“. Im direkten Gegensatz zu diesem politischen Versprechen erleben wir in Europa seit Jahren eine Asyl- und Migrationspolitik, die zu massiven gesellschaftlichen Verwerfungen geführt hat. Die Gräben werden immer tiefer. Der EU-Staatengemeinschaft fehlt es gegenwärtig an einem gemeinsamen politischen Willen, die Migrationsfrage angemessen zu analysieren, insbesondere ihre langfristigen Wirkungen einzuschätzen und daraus politische Strategien zu entwickeln. Die Migrationspolitik der Bundesregierung hat die Magnetwirkung Deutschlands für ungesteuerte und illegale Migration noch verstärkt. Dies trägt in erheblichem Maße dazu bei, dass das kriminelle Schleppergeschäft nicht unter Kontrolle gebracht werden kann und eine ausufernde Einwanderung insbesondere in das deutsche Sozialsystem stattfindet.

Mit der Haltung der Bundesregierung wird Deutschlands Kontrollverlust zum Dauerzustand, der den Bund, die Bundesländer und die Kommunen finanziell, logistisch, betreuerisch und sicherheitspolitisch überfordert. Eine zentrale Ursache hierfür ist der nach wie vor mangelhafte EU-Außengrenzenschutz. Um die positiven Aspekte des Schengen-Raumes zu bewahren, muss Deutschland seine pseudomoralische Überheblichkeit aufgeben und ergebnisorientiert politische Prozesse zu dieser Schicksalsfrage innerhalb der EU in Gang bringen. Die AfD unterstützt eine Migrationspolitik, die eine Trendwende herbeiführt. Hierzu gehört insbesondere ein effektiver Außengrenzenschutz, der illegale Einreisen verhindert. Die Einwanderung nach Europa muss so gesteuert werden, dass der Friede und die Identität des europäischen Kulturraumes und seiner Nationen gewahrt bleiben.

Nationale Souveränität in der Asyl- und Zuwanderungspolitik

Allein die nationalen Parlamente haben die nötige demokratische Legitimation, über die für ein Gemeinwesen existenzielle Frage von Art und Umfang der Zuwanderung zu bestimmen. Die Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten der EU in der Asyl- und Zuwanderungspolitik muss daher wiederhergestellt werden.

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) muss aus dem Europäischen Vertrag (AEUV) herausgenommen und die Zuständigkeit für die Asyl- und Zuwanderungspolitik an die Nationalstaaten zurückgegeben werden. Dies wäre eine Situation, wie sie schon heute in Dänemark besteht.

Migrationsvermeidung aus Krisenregionen muss sich auf die Hilfe vor Ort konzentrieren, um möglichst vielen Menschen eine heimatnahe Zuflucht zu ermöglichen und den Anreiz für gefährliche Reisen zu nehmen. Erforderlich ist ein strikter Grenzschutz, verbunden mit der Abweisung illegaler Migranten – soweit möglich an den Außengrenzen der EU, soweit nötig an der deutschen Grenze. Falls Asylbewerber trotz des Grenzschutzes nach Deutschland gelangen, müssen ihre Asylverfahren in einem dazu bereiten Drittstaat durchgeführt werden, wo sie im Falle der tatsächlichen Schutzbedürftigkeit auch Aufnahme finden („Ruanda-Modell“). Aus humanitären Erwägungen unterstützen wir als weitere Option die freiwillige und ausschließlich temporäre Aufnahme einer souverän bestimmten Zahl vorab ausgewählter besonders Schutzbedürftiger, beispielsweise im Zuge der medizinischen Versorgung von Kindern. Zugleich weisen wir darauf hin, dass solche humanitär motivierten Aufnahmen nur dann von uns befürwortet werden und den Bürgern vermittelbar sind, wenn sich die massiv überspannten finanziellen, materiellen und kulturellen Aufnahmekapazitäten Deutschlands wieder erholt haben. Unabdingbare Voraussetzungen für eine solche Erholung sind ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Migration und eine engmaschige Beschränkung und Steuerung legaler Migration. International setzen wir auf eine verstärkte Zusammenarbeit bei der heimatnahen Versorgung von echten Flüchtlingen und beim Aufbau von Schutzzentren vor Ort. Internationale Vorschriften und Verpflichtungen zur Aufnahme migrationswilliger Menschen – wie sie der UN-Migrationspakt und der UN-Flüchtlingspakt vorsehen – lehnen wir ab.

Bei der Bewältigung der Fluchtbewegung aus der Ukraine hat sich der Ansatz der heimatnahen Schutzgewährung bewährt, den ukrainischen Kriegsflüchtlingen in Europa temporär Zuflucht zu gewähren. Die Ressourcen Deutschlands sind nach der Aufnahme von einer Million Ukrainern erschöpft, weshalb die jetzt noch flüchtenden Ukrainer auf Basis des in der Massenzustrom-Richtlinie verankerten Solidaritätsmechanismus in die bislang weitaus weniger belasteten Staaten in Europa weiterzuleiten sind. Zudem sind über die Ukraine einreisende Staatsangehörige aus Drittstaaten umgehend in ihre Heimatländer zurückzuführen, wenn dies sicher möglich ist.

■ Der Schutz vor Straftätern und Gefährdern ist unabdingbar

Das Recht auf Leib und Leben der Menschen in Deutschland ist höher zu gewichten als der Schutz von Straftätern und Terroristen vor Abschiebung in Länder mit schwieriger Sicherheitslage. Zahlreiche Gewalttaten und Tötungsdelikte der letzten Jahre hätten durch die rechtzeitige Abschiebung von Straftätern vermieden werden können. Sofern Straftäter nicht in ihre Herkunftsstaaten abgeschoben werden können, sind sie hilfsweise in aufnahmebereite Drittstaaten zu überführen.

■ Deutschlands Kontrollverlust beenden

Wegen der im europäischen Vergleich sehr hohen Sozialleistungen, selbst für abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber, ist Deutschland ein Migrationsmagnet in der Mitte Europas. Hinzu kommen fehlende Rückführungsbereitschaft und Bleiberechtsregelungen, die insgesamt zu einer Verfestigung des Aufenthalts für ausreisepflichtige Personen und zu einer späteren Einbürgerung führen. Infolge dieses politischen Versagens verzeichnet Deutschland seit Jahren ähnlich viele Asylbewerberzugänge wie die klassischen Einwanderungsländer Australien, Neuseeland, Kanada und die USA zusammen. Durch die bedingungslose Hinnahme der illegalen Sekundärmigration über andere EU-Staaten nimmt Deutschland eine im europäischen Ausland gern gesehene Außenseiterrolle ein. Diese fatale Politik werden wir beenden. Insbesondere werden wir sämtliche

Bleiberechtsregelungen für Ausreisepflichtige wieder abschaffen. Zudem dürfen anerkannte Asylbewerber nicht automatisch in einen Daueraufenthalt und die deutsche Staatsangehörigkeit hineinwachsen. Sobald die Rückkehr in einen Herkunftsstaat möglich ist, muss diese auch durchgesetzt werden. Die unreflektierte und uneingeschränkte deutsche „Willkommenskultur“ werden wir – ähnlich wie in Schweden, Dänemark oder Großbritannien – beenden!

■ Änderung des Schengener Abkommens

Wegen der fehlenden Sicherung der Außengrenzen findet immer noch ein unkontrollierter Zustrom von illegal einreisenden Ausländern statt. Das durch das Schengen-Abkommen geschaffene „grenzenlose Europa“ stellt zunehmend eine Gefahr für die Innere Sicherheit der einzelnen Nationalstaaten dar und schafft erhebliche Risiken nicht nur im Bereich des Terrorismus, sondern auch hinsichtlich der organisierten und der Bandenkriminalität. International tätige Einbruchs- und Räuberbanden nutzen diese „Freiheit“ ebenso wie Menschen- und Drogenhändler. Allein in Deutschland ist ein signifikanter Anstieg aller Erscheinungsformen organisierter Kriminalität zu verzeichnen; Gleiches gilt für Gewaltdelikte.

Die grenzüberschreitende und migrationsbedingte Kriminalität schlägt sich in den amtlichen Statistiken nieder. Beispielsweise wurden im Jahr 2022 bundesweit mehr als 65.000 Fälle von Wohnungseinbruchsdiebstählen angezeigt – das entspricht einer Steigerung um 21,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Ebenfalls ein hohes Niveau haben sogenannte Messerangriffe erreicht: Allein in Berlin wurden im Jahr 2022 mehr als 3.300 Angriffe unter Verwendung eines Messers erfasst; bei den aufgeklärten Fällen wurden mehr als die Hälfte von ausländischen Tatverdächtigen begangen.

Die jetzt schon vorhandenen Möglichkeiten, kriminellen Personen die Einreise zu verweigern und sie zurückzuschicken, müssen intensiviert werden. Hierfür braucht es aber konsequente und effektive Grenzkontrollen. Temporär eingeführte Grenzkontrollen beispielsweise zeitigten entsprechende Fahndungserfolge: So konnten anlässlich des G7-Gipfels 2022 mehr als 400 Haftbefehle vollstreckt werden.

Das Schengener Abkommen bedarf daher einer umfassenden Reform, damit die souveränen Nationalstaaten durch effizienten Grenzschutz die eigene Innere Sicherheit wieder gewährleisten können. Dazu gehört auch eine konsequente Zurückweisung von sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen an den Schengen-Außengrenzen durch eine entsprechend ausgerüstete und gemeinsam finanzierte Frontex-Einheit.

Die AfD strebt im Ergebnis einen dualen Grenzschutz an. Das heißt, dass die Außengrenzen des Schengenraums bzw. des Europäischen Bundes gemeinschaftlich von der Staatengemeinschaft geschützt werden, die einzelnen Mitgliedstaaten aber auch zusätzlich in Eigenregie Grenzkontrollen durchführen und andere verhältnismäßige Maßnahmen zur rechtsstaatlichen Abwehr illegaler Migration an ihren eigenen Staatsgrenzen treffen dürfen.

■ Innere Sicherheit und Justiz sind nationale Aufgaben

Die EU maßt sich seit Jahren Zuständigkeiten an, die nach den EU-Verträgen den Nationalstaaten vorbehalten sind, darunter auch in den Bereichen Polizei und Justiz. So wurde neben den bestehenden Behörden Europol und Eurojust die Europäische Staatsanwaltschaft eingerichtet.

Dass es auch anders geht, zeigt beispielsweise die effektive polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Schweiz auf der Grundlage des Deutsch-Schweizerischen Polizeivertrages. Deshalb setzen wir auf eine wesentliche und praxisgerechte Erleichterung des gesamten Rechtshilfeverkehrs durch zwischen-

staatliche Abkommen. Ansonsten besteht die Gefahr einer weiteren Verlagerung hoheitlicher Kompetenzen von den Nationalstaaten auf die EU-Ebene. Wir treten dem ebenso entgegen wie der Schaffung supranationaler Behörden.

Wir lehnen jegliche Einschränkung der Souveränität der Nationalstaaten durch die Rechtsetzung der EU auch im Bereich der Inneren Sicherheit eindeutig ab.

■ Islamistische Terrorpotenziale abwehren und bekämpfen

Die offenen Schengen-Grenzen in Verbindung mit dem unzureichenden EU-Außengrenzenschutz erschweren die eindeutige Identifikation von illegal einreisenden Personen. Die massive Einwanderung hat dazu geführt, dass islamistische Radikalisierungstendenzen zu einem umfassenden Sicherheitsproblem geworden sind. Allein in Deutschland waren 2021 insgesamt 28.290 Personen registriert, die dem Personenpotenzial „Islamismus/islamistischer Terrorismus“ zugerechnet werden.

Die europaweit begangenen Terroranschläge der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit neuer Attentate weiterhin sehr hoch ist. Daher ist es von größter sicherheitspolitischer Bedeutung, einen intensiven Informationsaustausch im Hinblick auf Gefährder in Europa zu gewährleisten. Um dieser Gefahrensituation nachhaltig begegnen zu können, fordern wir neben der Bekämpfung von Parallelgesellschaften eine möglichst enge Zusammenarbeit europäischer Sicherheitsbehörden. Die ideologische Radikalisierung von Kindern ist zu einem wichtigen sicherheitsrelevanten Geschehen in der EU geworden. Dabei unterliegen vor allem Kinder aus muslimisch-fundamentalistischen Elternhäusern dem Zugriff radikaler Ideologen, die in religiösen Predigten immer wieder zur Gewalt aufrufen. Die EU-Mitgliedstaaten sind in der Verantwortung, Kinder und Jugendliche vor einer Indoktrination zu bewahren.

■ Festung Europa

Zum Schutz unserer Freiheit, unserer Lebensweise und unserer Identität muss die irreguläre und illegale Masseneinwanderung aus kulturfremden Regionen nach Europa beendet werden.

Der Schutz der Außengrenzen des Europäischen Bundes wird als Aufgabe aller Mitgliedstaaten verstanden. Er umfasst die Errichtung wirksamer physischer Barrieren, eine moderne technische Überwachung und den Einsatz von Grenzschutzpersonal. Er wird durchgeführt von nationalen Behörden im Zusammenwirken mit der Agentur für die Grenz- und Küstenwache des Bundes.

Alle mit dem Außengrenzenschutz verbundenen Kosten werden von der Gemeinschaft getragen. Die nationalen Behörden der Grenzstaaten können in Krisensituationen die Unterstützung von Behörden anderer Mitgliedstaaten anfordern. Einsatzkräfte der Bundespolizei und der Landespolizeien unterstützen in diesem Fall andere Mitgliedstaaten bei der Kontrolle ihrer Außengrenzen. Sie handeln dann als Unterstützung für Polizei- und Grenzschutzbeamte des jeweiligen Staates. Die Grenzstaaten werden außerdem ermächtigt, zur Wahrnehmung des Grenzschutzes technische und personelle Unterstützung ihrer Streitkräfte (Militär) heranzuziehen.

Drittstaaten, deren Fluglinien keine korrekte und vollständige Kontrolle der Einreiselegitimation von Passagieren mit europäischen Flugzielen gewährleisten können oder wollen, werden vom Anflug dieser Destinationen ausgeschlossen. An den internationalen Flughäfen auf dem Gebiet des Europäischen Bundes sind die Einreisekontrollen zu verschärfen, Passagiere ohne Einreiselegitimation werden ausnahmslos und mit dem nächsten Flug zu ihrem Abflughafen zurückgeführt.

Auf den Meeren werden Schleuserboote ausnahmslos zu ihren Herkunftshäfen oder den nächstgelegenen nichteuropäischen Häfen zurückerkasiert. Zeitlich beschränkte Übergänge von Personen auf Schiffe der Küstenwache finden nur im Ausnahmefall zur Abwendung einer drohenden Gefahr für Leib und Leben der Migranten statt und dürfen unter keinen Umständen die Einreise der Migranten nach Europa zur Folge haben. Mit dem wirksamen Schutz seiner Außengrenzen findet die Konstituierung und Abgrenzung des europäischen Pols in der multipolaren Weltordnung einen sichtbaren und spürbaren Ausdruck. Er macht unmissverständlich klar: Hier beginnt Europa und hier entscheidet Europa, wer Zugang erhält.

■ Die künftige Rolle der EU: Unterstützung der Mitgliedstaaten bei Grenzschutz, Rückführung und Hilfe vor Ort

Die Rolle der EU-Institutionen in der Migrationspolitik soll sich unter strikter Befolgung des Subsidiaritätsgrundsatzes künftig auf praktische und formelle Hilfestellungen bei der Umsetzung des Außengrenzenschutzes und bei Abschiebungen sowie auf diplomatische Verhandlungen über Rückführungsabkommen konzentrieren. Zur Finanzierung wirksamer Grenzschutzanlagen sind die Investitionen der EU spürbar zu erhöhen. Dagegen ist die zeitweilige Praxis der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, indirekt Hilfsdienste für Schleuserbanden zu leisten, abzulehnen. Sie verkehrt den Grenzschutzgedanken in sein Gegenteil. Entwicklungshilfe, die Erteilung von Visa, den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt sowie den Marktzugang in die EU wollen wir auf die Staaten beschränken, die ausreisepflichtige Personen zurücknehmen.

■ Remigration statt Talentwerbung

Die millionenfache Aufnahme junger Menschen aus Entwicklungsländern Afrikas und des Nahen Ostens in Europa beraubt die Herkunftsstaaten jener Leistungsträger, die dort zum Aufbau bzw. Wiederaufbau dringend benötigt werden (sogenannter „Brain Drain“). Wegen des hohen Lebensstandards hierzulande geht der Antrieb, an der Entwicklung des Herkunftslandes mitzuwirken, oftmals verloren. Dies erzeugt den Teufelskreis noch größerer Verelendung; daher ist ungesteuerte Emigration aus diesen Ländern selbst eine Ursache für weitere Migrationsbewegungen.

Sobald in einem Herkunftsland in den meisten Gebieten wieder Frieden herrscht, hat die EU bzw. Deutschland umgehend die Bedingungen für eine Rückkehr der hier aufgenommenen Asylbewerber auszuhandeln und diese Rückkehr auch konsequent durchzusetzen. Schutz vor Kriegsfolgen ist nur für deren Dauer zu gewähren und darf nicht zu dauerhafter Einwanderung führen. Nicht „Resettlements“, also Umsiedlungsprogramme nach Europa, sind das Gebot der Stunde, sondern das Gegenteil: Auf nationaler und europäischer Ebene müssen Remigrationsprogramme auf- und ausgebaut werden.

■ Grenzschutz ist Bürgerschutz

Auch die Unvereinbarkeit von Schengen und Dublin führt zu einer Dysfunktionalität des europäischen Asylsystems, da Migranten ungehindert offene Grenzen im Schengen-Raum passieren und so aus den EU-Erst-einreiseländern nach Deutschland gelangen. Bis zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität über unsere Grenzen ist daher eine Notifizierung der deutschen Binnengrenze bei der EU-Kommission erforderlich. Nur so kann die Bundespolizei als Grenzschutzbehörde agieren, da die EU-Binnengrenze so in den Zustand einer Außengrenze und die Bundespolizei in den Zustand einer Grenzbehörde versetzt würden. Im grenznahen Bereich einzurichtende Gewahrsamszentren sollen dazu dienen, aufenthaltsbeendende Maßnahmen im Falle von unzulässigen Schutzanträgen zu sichern. Auf diesem Weg ließe man unberechtigte Personen gar nicht erst einreisen. Somit entfallen zeitaufwändige und kostenintensive Verwaltungs- und

Gerichtsverfahren, die seit Jahren die Verwaltungsbehörden, die Gerichte und alle Sicherheitskräfte über alle Maßen belasten.

■ **EU-Freizügigkeit: Privilegien zurückfahren – Missbrauch beenden**

Die EU-Freizüigkeitsrichtlinie gewährt EU-Bürgern in Deutschland eine Rechtsstellung, die fast vollständig derjenigen deutscher Staatsangehöriger entspricht. Diese Rechtsvorschrift hat zu massiven Wanderungsbewegungen innerhalb der EU aus den ärmeren in die reicheren Staaten geführt. Wir fordern, dass die Armutszuwanderung in die nationalen Sozialsysteme auch auf EU-Ebene konsequenter als bisher unterbunden wird. Vor diesem Hintergrund sind die Kriterien der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit zu verschärfen.

EU-Bürger, die einem anderen EU-Staat dauerhaft finanziell zur Last fallen oder schwere Straftaten begehen, müssen leicht und dauerhaft des Landes verwiesen werden können. Daneben muss allen EU-Ländern die Möglichkeit eröffnet werden, den Anspruch auf steuerfinanzierte Sozialleistungen von einer mindestens zehnjährigen, durchgängig sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ohne staatliche Zuschüsse abhängig zu machen. Um den Westbalkan zu einem wichtigen Teil Europas zu machen, tritt die AfD für eine privilegierte Partnerschaft mit den Ländern dieser Region ein. Die Migration über diese Staaten ist durch eine enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit einzudämmen. Die AfD lehnt eine Aufnahme dieser Staaten in die EU ab, unterstützt aber die Bildung selbstbestimmter wirtschaftlicher Zusammenschlüsse vor Ort, wie die Initiative „Open Balkan“.

■ **Verteidigung gegen Migration als Mittel der hybriden Kriegsführung**

In den letzten Jahren wurden Migrationsbewegungen gezielt als Mittel der hybriden Kriegsführung und zum Zwecke der politischen Erpressung eingesetzt. Aus diesem Grund sind an der Außengrenze feste Grenzanlagen zu errichten, deren Kosten von der Staatengemeinschaft zu tragen sind. Fluggesellschaften, die sich an dem Transport von illegalen Migranten beteiligen, sind die Landerechte in der EU zu entziehen. Staaten, die sich gezielt zu Drehkreuzen illegaler Migration machen, ist jede finanzielle Unterstützung zu entziehen. Außerdem ist eine Visumpflicht für die Einreise in die EU einzuführen.

■ **Kontrolle statt Menschenhandel**

Kriminelle Schlepperbanden werden auch durch die Arbeit sogenannter Nichtregierungsorganisationen (NGOs), vielfach aus Deutschland, unterstützt. Deren Geschäftsmodell führt dazu, dass Menschen ihr Leben bei der gefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer riskieren. Die AfD setzt sich für eine konsequente Bekämpfung dieser menschenfeindlichen Aktivitäten ein. Die Einschleusung von Drittstaatlern in die EU durch Nichtregierungsorganisationen muss zukünftig als schwere Straftat unterbunden werden. Aus Seenot gerettete Menschen sind an ihre Herkunftshäfen oder den nächstgelegenen nichteuropäischen Hafen zu bringen. Hierfür bedarf es eines sichtbaren Signals aller EU-Staaten, dass die illegale Einreise über das Mittelmeer nicht zu einem Bleiberecht in Europa führen darf. Wir wollen breit angelegte und von der EU finanzierte Informationskampagnen starten, die auf die Gefahren und die Aussichtslosigkeit einer Überfahrt hinweisen.

■ **Qualifizierte Zuwanderung nach japanischem Vorbild**

Die Abwanderung von einheimischen, meist hochqualifizierten Arbeitskräften soll möglichst verhindert werden. Statt solcher Abwanderungen brauchen wir Rückgewinnungsprogramme für auslandsdeutsche

Leistungsträger. Auch technologische Lösungen wie Künstliche Intelligenz (KI), Robotik und Digitalisierung, die menschliche Arbeit ersetzen können, oder ökonomische Produktivitätssteigerungen haben Vorrang vor Zuwanderung. Bei ungelerten Personen sind in erster Linie Erwerbsfähige zu qualifizieren, die bereits heute in Deutschland leben. Hinzu kommen Arbeitskräfte, die im Rahmen der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit, analoger Regelungen mit den EFTA-Ländern oder auch aufgrund der Westbalkan-Regelung nach Deutschland kommen. Im Rahmen der Westbalkan-Regelung ist zukünftig eine Vorrangprüfung durchzuführen. Eine Ausdehnung auf weitere Staaten, wie z. B. die Maghreb-Staaten, lehnen wir ebenso wie die Zuwanderung Ungelernter aus Drittstaaten ab.

Mit Blick auf gelernte Fachkräfte werden wir eine strenge Vorrang- und Alternativprüfung einführen. Zunächst sind zwingend die einheimischen Potenziale sowie der europäische Arbeitskräftemarkt auszuschöpfen. Für außereuropäische Fachkräfte ist in Anlehnung an das „japanische Modell“ das Fachkräfteinwanderungsrecht zu reformieren. Im Rahmen eines Auswahlverfahrens werden wir ein Punktesystem mit klaren Auswahlkriterien, wie z. B. ausreichende Sprachkenntnisse, einführen, verbunden mit einer jährlichen Festlegung von Branchen und Quoten durch die Bundesregierung, die von der Konjunkturlage und der Situation auf dem Arbeitsmarkt abhängt. Für hochqualifizierte außereuropäische Bewerber wollen wir das bewährte Instrument der Blauen Karte EU fortentwickeln und zukünftig insbesondere Experten in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) ansprechen.

Geld- und Währungspolitik: Der Euro ist gescheitert

■ **Zurück zu Recht, Wohlstand und sozialem Frieden in Europa durch Wiedereinführung nationaler Währungen**

Die AfD vertritt eine Währungspolitik, die auf Marktwirtschaft, nationaler Eigenverantwortung und freudlichem Miteinander der europäischen Staaten basiert. Die seit 30 Jahren voranschreitende schleichende Umwandlung des Staatenverbundes Europa in einen EU-Zentralstaat ist von den europäischen Völkern nie demokratisch legitimiert worden. Der Euro besitzt nicht die institutionelle Grundlage, die verfassungsrechtliche Voraussetzung für seine Legitimität wäre. Die Stabilitätskriterien als Geschäftsgrundlage der Euro-Währung werden permanent verletzt. Der Euro wird seit Jahren mit Milliardenbeträgen „gerettet“. Wir erleben vertragswidrige Gemeinschaftshaftung, Transferzahlungen, Verschuldung auf Ebene der EU, verbotene Staatsfinanzierung und mandatswidrige (Plan-)Wirtschaftspolitik durch EZB und EU – alles weitgehend zu Lasten Deutschlands.

Der Euro ist für ein Wirtschaftsgebiet mit 20 sehr unterschiedlichen Volkswirtschaften eine Fehlkonstruktion und kann in dieser Form weder ökonomisch noch sozial funktionieren. Die Arbeitslosigkeit im Süden Europas ist seit Jahren erschreckend hoch. Das ist die Folge der verloren gegangenen Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder innerhalb des Euro-Korsetts. Noch jede überstaatliche Währungsunion der Geschichte ist bisher gescheitert. Nur durch nationale Währungen erlangt jeder Staat wieder seine Souveränität über seine Wirtschafts- und Währungspolitik zurück. Damit werden auch die internen Konflikte in der Eurozone gelöst: Die Staaten können ihre Wettbewerbsfähigkeit dann, wie vor der Euro-Einführung, durch eigene Entscheidung über den Wechselkurs wiederherstellen.

Eine neue Deutsche Mark könnte ihre höhere Kaufkraft gegenüber anderen Ländern wiedergewinnen. Die damit verbundene Senkung der Importpreise würde zu steigenden Realeinkommen und damit zu einer „Sozialdividende“ führen, die dem gesamten deutschen Volk zugutekäme und nicht nur, wie derzeit, einigen Exportfirmen. Ähnlich wie die Schweiz hätten wir ohne die exzessive Gelddruckpolitik der EZB eine erheblich geringere Inflation.

■ Transferunion aufkündigen

Deutschland muss zurück zu einer Sozialen Marktwirtschaft – und darum die Transferunion des Euro-Systems aufkündigen. Jede weitere Teilnahme an der Dauerrettungspolitik kommt einer Insolvenzverschleppung auf Kosten deutscher Steuerzahler gleich. Der AfD ist bewusst, dass die Wiedereinführung einer stabilen nationalen Währung nicht ohne Umstellungsbelastungen erfolgen kann. Diese werden jedoch niedriger sein als die dauerhaften Kosten des weiteren Verbleibs im Eurosystem.

■ Beendigung der vertragswidrigen und planwirtschaftlichen Politik von EZB und EU-Kommission

Die EZB-Politik führt zur Zerstörung der Märkte für Staats- und Unternehmensanleihen. Die Manipulation der Anleihemärkte ist für die EZB seit 2015 das tägliche „Geschäftsmodell“. Sie hat inzwischen staatliche und private Anleihen in Höhe von fünf Billionen Euro erworben. Diese suprastaatliche „Rettungspolitik“ verletzt geltendes EU-Recht, darunter das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Zentralbank und das Verbot der Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten. Die EZB betreibt dabei auch noch ideologische und verbotene Wirtschaftspolitik – über billionenschwere zweckgebundene Garantien und Bürgschaften sowie über Aufkäufe von „grünen“ oder anderweitig ideologisch begebenen Anleihen. Dies sind faktisch direkte Geldgeschenke an „notleidende“ Staaten über eine gemeinschaftliche EU-Schuldenaufnahme („NextGenerationEU“-Fonds, „Ukraine“-Bonds, etc. oder TARGET2). All diese Maßnahmen sind vertragswidrig, da sie gegen die Verbote der monetären Staatsfinanzierung und der gegenseitigen Haftungsübernahme verstoßen.

Die EZB-Politik des Niedrigzinses und der Staatsanleihenkäufe muss zur Inflation führen. Sie zerstört Unternehmenskalkulationen und langfristig alle kapitalgedeckten Rentensysteme und die privaten Sparvermögen. Die Zinspolitik der EZB ist abgekoppelt von jeder realistischen Risikobetrachtung und führt dazu, dass nicht mehr wettbewerbsfähige Unternehmen als „Zombies“ im Markt verbleiben und den gesunden Unternehmen einen unfairen Wettbewerb liefern.

Die AfD fordert auch hier eine Rückkehr zum Recht und zur Marktwirtschaft: Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden. Die AfD fordert die Durchsetzung der vertraglichen Verbote der Staatsfinanzierung durch die EZB und der faktischen Vergemeinschaftung von Schulden über die EZB. Die EZB hat ein Mandat nur für Geldpolitik, nicht aber für wirtschaftspolitische Programme zur Unterstützung einzelner Staaten und ideologischer Politikziele.

■ Keine Schuldenaufnahme durch die EU – Rettungskredite nur auf nationaler Ebene und nur für nationale Investitionen

Die EU maßt sich heute vertragswidrig an, entgegen dem expliziten Wortlaut der EU-Verträge eigene Schulden aufzunehmen, was zu Lasten künftiger deutscher Generationen geht. Dabei werden die Mittel durch Neuverschuldung beschafft und anschließend von EU-Bürokraten über unzählige, zumeist ideologisch motivierte „Green Deal“-Projekte nach Gutsherrenart ausgegeben. Haftung und Tilgung verbleiben jedoch bei den Nationalstaaten. Die Mithaftung Deutschlands für diese von der EU aufgenommenen Kredite, die weitgehend den Euro-Krisenländern zugutekommen, führt zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Bonität Deutschlands. Die umstrittenen „ESG“- und „Taxonomie“-Vorgaben der EU, die ideologisch und in hohem Maße bürokratisch regulieren, welche Wirtschaftstätigkeiten „grün“ und damit förderungswürdig sind, stellen letztlich planwirtschaftliche Makrosteuerung dar.

Die AfD fordert eine Rückkehr zum Konzept einer offenen Marktwirtschaft und die sofortige Einstellung jeglicher Kreditaufnahme der EU: Keine vertragswidrige Vergemeinschaftung der Schulden, keine ideologische

und zentralistische Geld- oder Wirtschaftspolitik, Rückkehr zu einer Kapitalallokation über funktionierende Märkte! Verschuldung und Steuererhebung darf es generell nur auf nationaler Ebene im Sinne des Subsidiaritätsprinzips geben! Damit wollen wir Geld freisetzen für nationale Wirtschafts- und Sozialprogramme mit klarem Fokus auf langfristige, nachhaltige Infrastrukturinvestitionen.

Solange der Euro jedoch zu Lasten Deutschlands fortbesteht, sollte auch Deutschland einen großen Teil seiner Neuverschuldung über EZB und EU abwickeln. Die Mittel sind strikt für Hilfen und Investitionen in Deutschland einzusetzen.

■ Erhalt des Bargelds

Bargeld ist Freiheit und Schutz vor Enteignung und Totalüberwachung.

Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit Unterstützung von Bundesregierung, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank wird seine schleichende Abschaffung betrieben. Mit der Abschaffung des Bargelds würde die Rolle des Geldes als unantastbarer und gebührenfreier Wertspeicher eingeschränkt. Eine Abschaffung des Bargelds ermöglicht für den Krisenfall die Enteignung von Kontoinhabern. Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen eine weitere Absenkung der Zinsen bis in den negativen Bereich. Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme und Wirtschaftsaktivitäten, über jede finanzielle Handlung der Bürger, sogar über deren Aufenthaltsorte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne Mensch – Vollüberwachung und Regulierung bis hinein in private, ja intime Lebensbereiche (chinesisches „Social credit“-System) wären damit vorprogrammiert. Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind solche Überwachungs- und Steuerungsmöglichkeiten nicht vereinbar. Darüber hinaus sind elektronische Systeme nicht ausfall- und manipulationssicher.

Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht und dessen Verankerung im Grundgesetz. Die AfD spricht sich gegen einen von der EZB zentral herausgegebenen digitalen Euro aus, der ein Einfallstor für die schleichende Abschaffung des Bargelds wäre. Die Verfügbarkeit und die Wertaufbewahrungsfunktion des Bargelds müssen erhalten bleiben. Die AfD stellt sich gegen eine Totalüberwachung und -steuerung aller finanziellen Handlungen durch regulatorisch oder faktisch verpflichtende elektronische Zahlungsvorgänge.

■ Keine deutsche Haftung für ausländische Banken

Banken sind für das Funktionieren von Volkswirtschaften lebenswichtig. Mit der Europäischen Bankenunion würden auch die bisher kommunal verankerten deutschen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und die deutsche private Bankenwirtschaft der EU-Umverteilung unterworfen. Das geplante europäische Einlagensicherungssystem wäre mit mehreren Billionen Euro die größte gemeinschaftliche Haftungsfazilität der EU. Durch diese Vergemeinschaftung würden deutsche Sparer und Bankkunden mit ihren Einlagen für marode Banken in anderen Staaten, etwa den Mittelmeerländern, haften, die bereits heute große uneinbringliche Kreditforderungen in den Bilanzen haben. Riesige Ausfälle wären nur eine Frage der Zeit und würden direkt eine deutsche Zahlungsverpflichtung auslösen! Dies wäre ein weiterer Schritt in die von der AfD abgelehnte vertiefte Haftungs- und Transferunion.

Wir verlangen, dass die deutschen Banken Haftungen auf die nationale Ebene begrenzen und auch weiterhin eigene Haftungs- und Einlagensicherungs-Verbundlösungen schaffen können. Wir treten dafür ein, die nationale Souveränität über die Banken- und Finanzdienstleistungen wiederherzustellen. Die AfD wendet sich gegen die europäische Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken.

■ TARGET2-Risiko beenden

Die TARGET2-Forderungen (Überziehungskredite im Abrechnungssystem der EZB) der Deutschen Bundesbank gegenüber der EZB bzw. indirekt gegenüber einzelnen Euro-Südstaaten betragen über eine Billion Euro. Diese Forderungen der Bundesbank sind, nach den geltenden EZB-Regeln, unbesicherte, nicht risikoadäquat verzinst und nicht fällig stellbare Forderungen. Es gibt eine Reihe wahrscheinlicher Szenarien für eine Ausbuchung dieser Beträge. TARGET2-Wertverluste stellen ein hohes Milliardenrisiko für den Bundeshaushalt und damit für den deutschen Steuerzahler dar. Sicher ist, dass die EZB als Anspruchsgegner der Bundesbank im Falle einer (Teil-)Auflösung der Eurozone die deutschen TARGET-Forderungen nur noch in abgewerteten Euros oder gar nicht mehr begleichen wird. Die uneinbringlichen Forderungssalden müssen nutzbar gemacht werden, wenn sie schon nicht abgeschmolzen werden können. Eine Option wäre, das in Form von TARGET2 – unter Nutzung vergangener Arbeitsleistung der Deutschen – bereits erwirtschaftete Vermögen etwa über einen deutschen Staatsfonds in Sachwertinvestitionen anzulegen.

Die AfD fordert von Bundesregierung und Deutscher Bundesbank, die bislang geduldete Überbeanspruchung des Verrechnungskontos TARGET2 zu beenden. Diese Forderungen der Bundesbank sind abzuschmelzen, täglich auszugleichen, angemessen zu verzinsen und mit Sicherheiten zu unterlegen. Die AfD ist auch offen für weitere sinnvolle Vorschläge, die TARGET-Forderungen zu „monetarisieren“ bzw. nutzbar zu machen. So sollte Deutschland seine TARGET-Forderungen z. B. in ausländischen Aktien oder Gold oder in einem nationalen Sachwertfonds anlegen.

■ Schutz gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren, Staatsgold zurück nach Deutschland holen

Deutschland muss auch in einem plötzlichen währungspolitischen Krisenfall handlungsfähig sein. Bei einer Wiedereinführung der Deutschen Mark könnte das teilweise im Ausland gelagerte Staatsgold als temporäre Deckungsoption dienen. Gold ist nach aller historischen Erfahrung eine potenzielle Deckung für eine Währung, was besonders in Krisensituationen bzw. nach Einführung einer neuen Währung zum Vertrauensaufbau relevant wird. Staatsgold muss als potenziell letzte Währungsreserve ohne Gegenparteien- oder Verwahrnis im eigenen Land aufbewahrt werden.

Die AfD fordert die Deutsche Bundesbank auf, das im Ausland gelagerte Staatsgold vollständig nach Deutschland zu überführen. Zudem fordert die AfD die Herbeiführung eines verfassungsrechtlich abgesicherten bilanziellen Sonderstatus der Goldreserve zur Abwehr der Ausbuchungsgefahr. Langfristig halten wir eine grundsätzliche Reform des Geldsystems für notwendig, hin zu einem freien Währungswettbewerb oder einer goldgedeckten Währung.

Die wirtschafts- und sozialpolitische Souveränität der EU-Staaten wahren

Die AfD strebt eine neue Europäische Wirtschaftsgemeinschaft souveräner Nationalstaaten an, deren Zusammenarbeit auf Wohlstandsmehrung innerhalb eines gemeinsamen Marktes ausgerichtet ist. Zurzeit verfolgt die EU mit ihren wirtschaftspolitischen Entscheidungen jedoch nicht nur eine ökonomische, sondern eine ideologisch motivierte Agenda, die Ziele wie Klimarettung, Euro-Rettung, Russland-Sanktionen und die Aufnahme der Westbalkan-Staaten umfasst.

Da die EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft und ihrer geschichtlich gewachsenen sozioökonomischen Wertesysteme heterogen sind, verletzen Mehrheitsentscheidungen vielfach berechnete wirtschaft-

liche Einzelinteressen der Mitgliedstaaten. Überdies führen solche Entscheidungen häufig zur Umverteilung von Wohlstand zwischen den Staaten. Ein Beispiel für zwischenstaatliche Umverteilung ist der 750 Milliarden Euro schwere „NextGenerationEU“-Fonds, aus dem 390 Milliarden Euro als nicht rückzahlbare Zuschüsse an EU-Mitgliedsländer gewährt werden sollen. Diese angebliche Wiederaufbaufazilität nach der Pandemie ist zudem EU-rechtswidrig durch Schuldenaufnahme der EU-Kommission vorfinanziert worden. Art. 311 AEUV verbietet eine Schuldenaufnahme der Kommission ausdrücklich. Wie immer trägt auch hier der deutsche Steuerzahler die Hauptlast dieser Umverteilung, welche über die nach Wirtschaftskraft gestaffelten EU-Beiträge der Mitgliedstaaten erfolgt.

■ Wettbewerb statt Bürokratie

Die AfD sieht den Zweck eines Europäischen Verbundes souveräner Nationalstaaten primär darin, den Rahmen gemeinschaftlichen, europäischen Wirtschaftens zu gestalten und für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen. Wettbewerb ist eine Grundvoraussetzung für technischen Fortschritt, günstige Verbraucherpreise und die Tragfähigkeit unserer Sozialsysteme. Wirtschaftliche Risiken hat grundsätzlich der Investor zu tragen, nicht der Staat und damit letztlich der Steuerzahler. Zentralistische Eingriffe, die einer Enteignung gleichkommen, lehnen wir ab.

Die AfD bekennt sich ausdrücklich zum Freihandel. Wir streben interessengeleitete Handelsabkommen an, die für die Vertragspartner Einfuhrerleichterungen und Zollbefreiungen vorsehen. Solche partnerschaftlichen Handelsabkommen helfen, die wirtschaftliche Entwicklung – z. B. in den Ländern Afrikas – voranzutreiben. Seinen wirtschaftlichen Erfolg verdankte Deutschland bisher der Kreativität seiner Erfinder und Ingenieure sowie den mutigen Unternehmern, die in Know-how und Produktionsstätten investiert haben.

Durch die zunehmend weiter ausgelegten Kompetenzen der EU kommt es immer häufiger zu parallelen Gesetzgebungsverfahren auf nationaler und europäischer Ebene mit Verdrängungswirkung des nationalen Rechts. Dies hat zur Folge, dass Unternehmen ihre internen Verfahren bereits nach wenigen Jahren umstellen müssen, da nationale Regelungen von europäischen Regelungen abgelöst werden. Die AfD fordert die Überprüfung und Reduzierung der einschlägigen EU-Richtlinien, z. B. der EU-Vergaberichtlinie, der EU-Dienstleistungsrichtlinie, der Kreditvergaberichtlinie, der Ökodesign-Richtlinie und der Dokumentationspflichten gerade für kleine und mittelständische Unternehmen.

Eine Wettbewerbsverzerrung stellt auch das Anfang 2023 in Kraft getretene Lieferkettengesetz dar, das die AfD von Beginn an mit Verweis auf die vorrangige Zuständigkeit der EU-Staaten bei der Durchsetzung sozialer Standards bekämpft hat. Im internationalen Wettbewerb werden EU-Firmen durch diese Regelung benachteiligt, weil nur ihnen zusätzliche Sozial- und Umweltstandards aufgebürdet werden.

■ Wertschöpfung erhalten, Schlüsseltechnologien fördern

Eine wichtige Voraussetzung für Innovation ist Technologieoffenheit. Die AfD stellt sich deshalb mit allen ihr zur Verfügung stehenden politischen Mitteln gegen das beschlossene EU-Verbot von Verbrennungsmotoren. Europäische Automobilunternehmen und -zulieferer erleiden hierdurch einen erheblichen Wettbewerbsnachteil auf internationaler Ebene. Wir betrachten Subventionen grundsätzlich kritisch.

■ Qualitätsstandards sichern

Nationale und regionale Qualitätsstandards und Herkunftsangaben sind zu schützen, dazu zählen Gütesiegel wie „Made in Germany“. Deutsche Ausbildungsstandards dürfen nicht abgesenkt werden. Die Gleichwertigkeit von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen muss durch Ablegen einer Prüfung am Arbeitsort nach den dort geltenden nationalen Standards nachgewiesen werden.

■ Investitionssteuerung durch den Markt statt durch EU-Taxonomien

Derzeit gibt es in der EU Bestrebungen, im Rahmen der sogenannten Taxonomie eine zentral gelenkte Investitionssteuerung aus ideologischer Motivation heraus zu verstärken, so z. B. im Fall sogenannter „Grüner Technologien“. Den Green Deal der EU lehnen wir ab.

Bei Investitionsentscheidungen in privaten Unternehmen haften diese selbst für die Folgen von Fehlentscheidungen. Bei öffentlichen Investitionen haften jedoch nicht die verantwortlichen politischen Entscheidungsträger, sondern die Steuerzahler.

Unternehmerische Sorgfalt ist ein besserer Ratgeber als politische Ideologie. Planwirtschaftliche Markteingriffe mit Subventionen nach Maßgabe einer „sozialökologischen Transformation“ und das Verbot erfolgreicher Industriezweige stellen eine enorme Gefahr für Wohlstand, Freiheit und die Versorgungssicherheit der Mitgliedstaaten dar.

■ Zuwanderung von Arbeitskräften

Innerhalb des gemeinsamen Wirtschaftsraums kann die Mobilität von Arbeitskräften wertvoll sein. Die Zuwanderung von Arbeitskräften muss sich aber immer am jeweiligen nationalen oder sogar regionalen Arbeitsmarkt orientieren. Andernfalls besteht die Gefahr von Lohndumping und der damit verbundenen Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte.

Ausländische EU-Arbeitnehmer sind in den Mitgliedstaaten, in denen sie Beschäftigung finden, genauso zu entlohnen und müssen den gleichen gesetzlichen Regelungen unterliegen wie inländische Arbeitnehmer. Nicht zuletzt wird so auch eine stärker qualifikationsbezogene Zuwanderung von Arbeitskräften befördert.

Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise das Entsendegesetz, sind weitgehend ausreichend. Allerdings verlangt die AfD wirkungsvolle Kontrollen zu ihrer Einhaltung, damit der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen auch tatsächlich unterbleibt.

■ Niederlassungsfreiheit

Die Freiheit von Selbständigen und Unternehmern innerhalb der EU begrüßen wir grundsätzlich. Aber sie darf nicht dazu missbraucht werden, sich durch Scheinselbständigkeit Ansprüche auf Sozialleistungen zu erschleichen.

Die EU-Dienstleistungsfreiheit führt insbesondere im Transportgewerbe zu einer Umgehung von Mindestlöhnen, Steuern und Sozialabgaben. Dies schädigt den Sozialstaat. Lohn- und Sozialdumping wollen wir deshalb beenden.

■ EU und Sozialpolitik

Die AfD steht für eine gerechte und faire Sozialpolitik, die durch eine nachhaltige, generationengerechte Ausgestaltung der Sozialversicherungssysteme sowie eine verlässliche soziale Absicherung für Rentner, Arbeitslose und Arbeitnehmer im unteren Lohn- oder Gehaltssegment gewährleistet werden muss.

Da die vertraglich geregelten Kompetenzen der EU auf Unterstützung und Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten beschränkt sind, liegen Verantwortung und Gestaltungskompetenz für die Sozialpolitik weiterhin bei den Mitgliedstaaten. Ihnen obliegt es, ihr nationales Sozialsystem an ihren eigenen Werten auszurichten und nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auszugestalten.

Diese Gestaltungskompetenz der Mitgliedstaaten und die zwischen den Mitgliedstaaten nach wie vor bestehenden sozioökonomischen Unterschiede schaffen Anreize zur Migration in Staaten mit einem höheren Niveau an Sozialleistungen. Dies führt zum Zielkonflikt zwischen den nationalstaatlichen Interessen einer Begrenzung des Bezugs von Sozialleistungen auf die eigenen Bürger und dem Ziel der Freizügigkeit innerhalb der EU. Die AfD tritt dafür ein, dass in diesem Zielkonflikt die Ausübung der Freizügigkeit der EU-Bürger ausgeschlossen wird, wenn sie vornehmlich dem Zweck des Bezugs von Sozialleistungen in Deutschland dient.

■ Sozialleistungen für EU-Ausländer

Bevor EU-Ausländer im Sozialrecht mit Deutschen gleichgestellt werden, soll bei Bedürftigkeit der jeweilige Herkunftsstaat zuständig bleiben.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ausländer aus EU-Staaten erst dann Sozialleistungen in Deutschland erhalten, wenn sie zehn Jahre im Inland Steuern und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt haben und in dieser Zeit ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Hilfe bestritten haben.

■ Keine europäische Sozialunion

Die sozialen Sicherungssysteme der verschiedenen EU-Länder sind höchst unterschiedlich geregelt. Gleiches gilt für die Arbeitsmärkte. Diese Vielfalt wollen wir im Sinne des Wettbewerbs der Systeme innerhalb der EU erhalten.

Wir befürworten ein koordinierendes Sozialrecht samt Sozialabkommen, wonach in anderen EU-Mitgliedstaaten erworbene Sozialversicherungsansprüche auf das Sozialversicherungssystem im Herkunftsland übertragen werden können.

Jegliche Versuche der EU, Mindeststandards in den EU-Mitgliedstaaten einzuführen, betrachten wir als Verstöße gegen die Europäischen Verträge. Die EU-Sozialcharta halten wir für überflüssig.

Die AfD lehnt alle Versuche ab, die in den Verträgen festgelegte Gestaltungskompetenz der Mitgliedstaaten für die Sozialpolitik mithilfe von Deklarationen (z. B. „Europäische Säule sozialer Rechte“) auszuhöhlen und auf diesem Wege neue Zuständigkeiten der EU-Institutionen zu schaffen. Keinesfalls darf es zu einer Vereinheitlichung von Sozialsystemen kommen, da dies die Gefahr birgt, dass inländische Arbeitnehmer für die Versicherung der Arbeitnehmer in anderen EU-Staaten Beiträge entrichten müssen. Eine derartige Umverteilungsunion widerspricht dem Geist des Vertrags von Lissabon. Dies gilt insbesondere für die bereits ins Auge gefasste europäische Arbeitslosenversicherung.

Steuern und Finanzen

Die Steuerhoheit steht den nationalen Parlamenten zu. Die EU ist, wie andere internationale Organisationen auch, ausschließlich durch Beiträge ihrer Mitgliedstaaten zu finanzieren.

■ Besteuerung international tätiger Großkonzerne

International tätige Großkonzerne sind sehr geschickt darin, ihre Steuerlast zu minimieren oder Steuerzahlungen gänzlich zu vermeiden. Wir sind der Auffassung, dass es im 21. Jahrhundert nicht mehr zeitgemäß ist, Großkonzerne beispielsweise danach zu besteuern, wo sie ihren Unternehmenssitz haben. Maßgeblich für die Steuerlast sollte die eigentliche wirtschaftliche Aktivität sein, die ein Konzern in einem Land entfaltet. Anstatt also Forderungen nach einer globalen Mindestbesteuerung zu erheben, um Steueroasen zu eliminieren, halten wir es für sinnvoller, sich international darauf zu verständigen, dass die Steuerlast, die man einem Konzern auf nationaler Ebene auferlegt, vorrangig anhand des Anteils der wirtschaftlichen Aktivität des Konzerns im steuererhebenden Staat berechnet werden sollte (sog. Gesamtkonzernbesteuerung). Staaten wie z. B. die USA oder Kanada setzen bereits seit dem 19. Jahrhundert dieses Modell bei Unternehmen ein, die in mehr als einem Bundesstaat bzw. einer Provinz tätig sind, um Steuererechtigkeit zu schaffen. Und anders als bei einer globalen Mindestbesteuerung könnte jeder Staat weiterhin durch niedrigere Steuern Anreize dafür setzen, dass ein Unternehmen seine wirtschaftliche Aktivität in einem Land ausbaut. Auch wäre so eine Differenzierung zwischen digitalen und nichtdigitalen Geschäftsmodellen entbehrlich.

■ Internationale Unternehmensbesteuerung

Es muss entgegen den Bemühungen der EU bei der Ertragsbesteuerung von Unternehmen beim Betriebsstättenprinzip bleiben. Die deutschen Unternehmen mit ihrem hohen Exportanteil tragen ihre Risiken in der Regel am Ort des Unternehmenssitzes. Hier werden die wesentlichen unternehmerischen Entscheidungen getroffen, beispielsweise in den Bereichen Forschung, Produktionsentwicklung, Lieferbeziehungen, Strategie, Investitionen u.v.a.m. An diesem Ort realisieren sich die wirtschaftlichen Chancen und Risiken, die im Falle von Unternehmensgewinnen auch dort versteuert werden müssen.

Dies gilt mit der Ausnahme von bestimmten digitalen Geschäftsmodellen. Hier können Absatz- und Werbemärkte als Ausgangspunkt für Ertragsbesteuerung von Unternehmen zugrunde gelegt werden.

■ Keine EU-Steuern

Die AfD lehnt jede Art von EU-Steuern ab. Dies gilt sowohl für Steuern, die direkt über die EU erhoben werden, als auch für Steuerbeteiligungen der EU an Steuern der Länder. Eine anteilige Abführung von Erlösen aus der Mindestbesteuerung von Großkonzernen an die EU als zusätzliche Eigenmittel lehnen wir ab.

■ Aktive Förderung eigener Unternehmen durch Steuererleichterungen

Staaten wie Luxemburg sichern sich Wettbewerbsvorteile, indem sie gezielt einzelne Unternehmen durch Steuererleichterungen fördern. Wir halten es im nationalen Interesse Deutschlands ebenfalls für gerechtfertigt, in besonderen Fällen unsere eigenen Unternehmen durch geringere Steuern zu fördern. Bestehende Regelungen des Welthandelsrechts müssen dabei allerdings eingehalten werden.

■ Verbrauchsteuerrecht bei den Mitgliedstaaten belassen

Eine Harmonisierung des europäischen Verbrauchsteuerrechts lehnen wir ab. Die zurückliegenden Krisen, von denen stets die Unter- und Mittelschicht in besonderem Maße getroffen wurden, haben deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, dass Staaten über genügend Flexibilität auch bei der Steuergestaltung verfügen, um so die Bürger über das Steuerrecht schnell und effektiv entlasten zu können. Da insbesondere die Verbrauchsteuern die Bürger mit niedrigem und mittlerem Einkommen überproportional stark belasten, kann eine Reduzierung dieser Steuern ein wirksames Mittel zur Entlastung sein. Eine Beschneidung dieser Gestaltungsfreiheit der Nationalstaaten durch strikte Grenzwerte der EU wäre daher kontraproduktiv.

■ Finanztransaktionssteuer

Eine Finanztransaktionssteuer lehnen wir ab. Wir befürchten dadurch eine höhere Belastung für Sparer, da sich durch diese Steuer insbesondere die fondsgebundene Altersvorsorge verteuern würde. Die in Deutschland sehr geringe Quote der Kleinanleger im Aktienmarkt würde sich durch Einführung der Steuer weiter verringern. Großanleger und professionelle Investoren können ihre Transaktionen in außerhalb der EU liegende Börsenplätze verlegen und dadurch die Steuer problemlos umgehen. Zudem würde eine EU-weite Finanztransaktionssteuer die prinzipielle Steuerhoheit der Mitgliedstaaten verletzen.

■ Marktwirtschaft statt CO₂-Bepreisung

Die AfD lehnt jede Form der CO₂-Bepreisung – sei es über den CO₂-Zertifikathandel oder über eine direkte CO₂-Steuer – sowie den geplanten Grenzausgleichsmechanismus strikt ab. Innerhalb der EU gilt die CO₂-Bepreisung über den CO₂-Zertifikathandel. Darüber hinaus sollen zukünftig über ein CO₂-Grenzausgleichssystem auch importierte Waren mit einer CO₂-Abgabe belastet werden. Dies führt zu einer weiteren Verteuierung aller in der EU gehandelten importierten Waren und damit zwangsläufig zu einem weiteren Wohlstandsverlust der Bürger. Des Weiteren besteht die Gefahr eines Handelskrieges, da diese Sondersteuer auf importierte Waren von anderen Staaten als Protektionismus wahrgenommen wird.

■ Regionen stärken

Die AfD strebt eine Reform des EU-Vergaberechts an. Ausschreibungen auf kommunaler bzw. nationaler Ebene sollten vorrangig an regionale bzw. nationale Anbieter vergeben werden können. Dafür sind die Schwellenwerte für die EU-Vergabe anzuheben und die Regelungen so weit zu flexibilisieren, dass bei der Auswahl der Anbieter nicht stets der günstigste aus dem gesamten EU-Raum den Zuschlag erhalten muss.

■ EU-Haushalt verkleinern

Die AfD lehnt eine Ausweitung des EU-Haushaltes ab und fordert stattdessen eine deutliche Verringerung der EU-Ausgaben. Die durch die EU vereinnahmten Bußgelder sind anteilig an die Mitgliedstaaten weiterzuleiten.

Zahlreiche milliardenschwere EU-Programme dienen dazu, EU-Gelder breit und öffentlichkeitswirksam zu verteilen, ohne dass sie messbare Impulse für den Wohlstand lokaler Bevölkerungsgruppen gebracht hätten, beispielsweise der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), oder der Kohäsionsfond. Dieses Geld ist bei den EU-Mitgliedstaaten, die primär selbst für ihre Infrastruktur verantwortlich sind, besser auf-

gehoben. Denn die „Kohäsion“ der Volkswirtschaften aller Mitgliedstaaten war immer und wird auch für die Zukunft eine Fiktion sein. Zur Ausgabenreduzierung der EU-Verwaltung ist der kosten- und zeitintensive Pendelverkehr zwischen den drei Arbeitsorten Straßburg, Brüssel und Luxemburg zu beenden.

■ Reform der EU-Eigenmittel

Die BNE-Eigenmittel auf Grundlage des Bruttonationaleinkommens stellen den größten Anteil der EU-Einnahmen von derzeit rund 70 Prozent dar. Deutschland verfügt zwar über ein hohes Bruttonationaleinkommen, jedoch sind die Vermögen in Deutschland, relativ zu anderen Staaten, ungleich verteilt. Hinzu kommt, dass bei einem Vermögensvergleich die Deutschen im Verhältnis zu anderen EU-Mitgliedstaaten im letzten Drittel liegen und bei den Wohneigentumsquoten das Schlusslicht bilden. Die Rentenleistungen liegen in Deutschland aktuell bei 53 Prozent des letzten Nettoeinkommens und damit deutlich hinter Ländern wie Griechenland mit 84 Prozent, Italien mit 82 Prozent und Frankreich mit 74 Prozent. Die Behauptung, dass es sich bei Deutschland um ein reiches Land handele, ist falsch.

Zwar ist wegen der Ungleichverteilung der Vermögen bei einer kleinen Spitze ein erheblicher Reichtum vorhanden, weshalb die Durchschnittsvermögen international im Mittelfeld liegen. Die Medianvermögen der Deutschen zeichnen jedoch ein anderes Bild. Hier liegt Deutschland im Vergleich der OECD-Staaten auf dem vorletzten Platz. Dies liegt auch daran, dass die Wohnungseigentumsquote in Deutschland so gering ist. Bemessungsgrundlage der Mitgliedstaaten soll daher in Zukunft nicht mehr das Bruttonationaleinkommen (BNE) sein, sondern das Volkseinkommen. Während das BNE eine Rechengröße ist, die an die volkswirtschaftlichen Bruttoerlöse anknüpft, bildet das Volkseinkommen den jährlichen Wirtschaftsertrag einer Volkswirtschaft ab, der Bürgern und Unternehmen zufließt. In investitionsintensiven Volkswirtschaften wie Deutschland ist die Differenz zwischen BNE und Volkseinkommen sehr hoch. Das BNE ist daher als Maßstab für den EU-Beitrag ungeeignet und ungerecht und führt zur übermäßigen Belastung Deutschlands.

Außenpolitik

■ Deutschland und Europa im Wandel der internationalen Beziehungen

Voraussetzung deutscher Außenpolitik nach unseren Vorstellungen ist ein souveränes Deutschland, das Freiheit, Recht und Wohlstand sowie Sicherheit seiner Bürger garantiert. Wir stehen für ein Europa der Vaterländer und lehnen die zentralistischen Bestrebungen der EU entschieden ab. Der Bund europäischer Nationen, den wir als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft anstreben, wahrt die weitgehende Souveränität nach innen und ermöglicht die Koordination im Auftreten nach außen. Richtschnur deutscher Außenpolitik müssen wieder realpolitische Erfordernisse statt wirklichkeitsfremder Ideologien sein.

Eine stabile Friedensordnung in Europa bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit aller europäischen Staaten, deren legitime Sicherheitsinteressen dabei zu berücksichtigen sind. Die Rolle der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bei der Stabilisierung von Krisenregionen in Europa und seiner Peripherie muss weiterentwickelt werden. Wir setzen uns für die Achtung des Völkerrechts und dabei insbesondere für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Gleichzeitig fordern wir die Einhaltung des Nichteinmischungsgrundsatzes in innere Angelegenheiten von Staaten durch andere Mächte und nichtstaatliche Akteure. Dies gilt auch für die Einmischung der EU in die Angelegenheiten der Mitgliedstaaten. Weitere Reparationsforderungen, wie etwa von Polen und Griechenland vorgetragen, lehnen wir ab, weil diese Fragen völkerrechtlich bereits abschließend geklärt sind. Die in Europa entstandene Rechts- und Friedensordnung darf nicht durch inakzeptable Forderungen infrage gestellt werden.

■ Bündelung gemeinsamer europäischer Interessen

Die AfD spricht sich dafür aus, in der Außenpolitik gesamteuropäische Interessen zu bündeln, ohne die Nationalstaaten in ihrer Souveränität, ihrer demokratischen Entscheidungsfindung und der Ausgestaltung ihrer Rechtsordnung einzuschränken. Eine rechtlich formalisierte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) lehnen wir ebenso ab wie einen gemeinsamen Europäischen Auswärtigen Dienst. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, die zwischenstaatliche Abstimmung unter den europäischen Partnerländern zu intensivieren und, wo möglich, gemeinschaftlich zu agieren.

Wir befürworten ein flexibles Netzwerk, an dem jeder europäische Staat nach seiner jeweiligen Interessenlage und nach seinen Möglichkeiten teilnehmen kann.

■ USA

Gute Beziehungen zu den USA sind für Deutschland und Europa von wesentlicher Bedeutung. Wir wollen eine Partnerschaft mit den USA „auf Augenhöhe“. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung des wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Austauschs. Die geopolitischen und ökonomischen Interessen der USA unterscheiden sich jedoch in zunehmendem Maße von denen Deutschlands und anderer europäischer Staaten. Ein Beispiel dafür ist die Energieversorgung, so etwa der massive Versuch der USA, die Inbetriebnahme der Nord-Stream-Ferngasleitung zu verhindern.

Das Projekt Nord Stream ist für die europäische Energieversorgung von herausragender Bedeutung und nicht ohne weitreichende wirtschaftliche Probleme zu ersetzen. Deutschland darf sich nicht durch weichenstellende Entscheidungen der USA gegenüber anderen Mächten in Konflikte hineinziehen lassen. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA zwingt Deutschland dazu, seine Interessen eigenständig zu formulieren. Dies sollte in möglichst enger Abstimmung mit anderen europäischen Staaten erfolgen.

■ Russland

Die russische Invasion hat in der Ukraine viel Leid unter den Betroffenen erzeugt. Durch den Krieg wurde die Außenpolitik Deutschlands enorm erschwert. Aus der geostrategischen Lage Russlands, mit den daraus resultierenden historischen und wirtschaftlichen Verflechtungen, insbesondere auch mit Deutschland, ergibt sich die Notwendigkeit, mit diplomatischen Mitteln auf eine Beendigung des Krieges hinzuwirken und so auch für friedliche deutsch-russische Beziehungen zu sorgen. Russland war über Jahrzehnte ein zuverlässiger Lieferant und Garant einer erschwinglichen Energieversorgung, die aufgrund unserer energieintensiven Industrie die Achillesferse der deutschen Volkswirtschaft darstellt. Zur Wiederherstellung des ungestörten Handels mit Russland gehören die sofortige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland sowie die Instandsetzung der Nord-Stream-Leitungen. Die Beziehungen Deutschlands zur Eurasischen Wirtschaftsunion sollen ausgebaut werden.

■ China

Das Verhältnis zu China muss sich an den realpolitischen Interessen Deutschlands orientieren. Für Deutschland ist China einer der wichtigsten Handelspartner. Der Patentschutz, die Intensivierung der Beteiligung an chinesischen Unternehmen, die Wahrung von Unternehmensgeheimnissen und der bilaterale freie Handel müssen in den Fokus des deutsch-chinesischen Verhältnisses gerückt werden.

Mit dem Projekt „Neue Seidenstraße“ hat China ein Jahrhundertvorhaben begonnen. Um auf gleichberechtigter Grundlage mitgestalten zu können, setzt sich die AfD für eine offensive Beteiligung Deutschlands ein. Die Seidenstraßen-Strategie von Ost nach West sollte Deutschland durch eine Initiative von West nach Ost ergänzen. Das gilt insbesondere für überregionale Infrastrukturprojekte.

Deutschland sollte einen Beobachterstatus in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) anstreben, um der Bedeutung dieses Marktes angemessen Rechnung tragen zu können.

■ Europäischer Nachbarraum

Nordafrika sowie der Nahe und Mittlere Osten sind für Europa geostrategisch wichtige Weltregionen. Die AfD setzt sich für die friedliche Lösung von Konflikten ein. Frieden, Stabilität und Wohlstand bilden die Voraussetzung für ein Ende der Massenmigration.

Die Türkei ist für uns ein wichtiger strategischer und wirtschaftlicher Partner. Allerdings lehnen wir die Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten mittels ideologischer oder finanzieller Förderung islamistischer Gruppen in Europa ab. Die Türkei gehört kulturell nicht zu Europa. Die AfD fordert den sofortigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei und die Einstellung der finanziellen Heranführungshilfen.

Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

■ Strategische Autonomie: Die sicherheitspolitische Selbständigkeit Europas im neuen Zeitalter

Die Welt befindet sich im Umbruch zu einer multipolaren Ordnung, die Europa vor sicherheitspolitische Herausforderungen stellt.

Die Zukunft der europäischen Sicherheit liegt in der Bündelung der militärischen Fähigkeiten der Staaten in einem eigenen System kollektiver Sicherheit. Die europäischen Nationalstaaten sollen von dem Willen geleitet sein, ihre Streitkräfte in einer Verteidigungsgemeinschaft zusammenzufassen.

Deutschland und seine europäischen Nachbarländer dürfen sich nicht mehr ausschließlich auf den Schutz oder die Zusagen außereuropäischer Länder verlassen, sondern müssen endlich weitgehende militärische und strategische Autonomie erreichen.

Derzeit ist die Nato der wesentliche Eckpfeiler unserer Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit, soweit die Nato sich auf ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis beschränkt. Einsätze außerhalb des Bündnisbereichs, an der sich deutsche Streitkräfte beteiligen, sollten grundsätzlich unter einem UN-Mandat stattfinden und ausschließlich, wenn deutsche Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden.

Wir begrüßen eine sinnvolle Zusammenarbeit auf europäischer Ebene bei Befähigung, Beschaffung und Entwicklung militärischer Fähigkeiten.

Die AfD lehnt eine europäische Armee ab und hält an einer umfassend befähigten Bundeswehr als Eckpfeiler deutscher Souveränität fest. Mit einer starken eigenen Streitkraft kann Deutschland in die Lage versetzt werden, die amerikanischen Streitkräfte mittelfristig auf deutschem Boden abzulösen.

Deutscher Beitrag zur europäischen Sicherheit

Nach jetzigem Stand ist die Bundeswehr weder zahlenmäßig noch ausrüstungstechnisch zur Verteidigung des Bundesgebietes in der Lage. Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands muss unverzüglich wiederhergestellt werden. Schwerpunkte sollen dabei die Befähigung zur Landesverteidigung und die Sicherung der Handelswege sein.

Die größte Herausforderung sehen wir hierbei in der Aufstockung des Personals auf die notwendige Größe sowie der Beschaffung und Einführung von neuen Waffensystemen im entsprechenden Umfang. Die Sicherung personeller Grundlagen und adäquater Strukturen der Bundeswehr wird nur möglich sein, wenn wir die Aussetzung der Wehrpflicht wieder rückgängig machen. Der Wehretat ist den Anforderungen der sicherheitspolitischen Strategie Deutschlands anzupassen.

Erhalt und Ausbau der deutschen und europäischen wehrtechnischen Industrie

Die AfD fordert den Erhalt und Ausbau der wehrtechnischen Fähigkeiten, die Sicherung der in diesem Hochtechnologiesektor bestehenden Arbeitsplätze sowie Planungssicherheit für die deutsche Industrie und unsere Streitkräfte. Dafür müssen unter anderem neue wehrtechnische Programme initiiert werden. Im Rahmen künftiger Rüstungsk Kooperationen bestehen wir auf dem Schutz deutscher Interessen. Unsere Schlüsseltechnologien dürfen nicht an Drittstaaten veräußert werden. Zudem muss auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Finanzierung und der anteiligen Produktion in Deutschland geachtet werden. Bei Schlüsselfähigkeiten muss Deutschland die Systemführerschaft anstreben. Neubeschaffungen von Wehrmaterial sollten vorrangig aus deutscher und europäischer Produktion stammen.

■ Außenhandelspolitik

Die AfD strebt die Neufassung der europäischen Zusammenarbeit an. Vor diesem Hintergrund soll es auch zukünftig eine eng abgestimmte europäische Außenhandelspolitik geben. Wir befürworten eine Reform der Welthandelsorganisation (WTO) und eine verstärkte Zusammenarbeit beispielsweise mit den BRICS-Staaten oder regionalen Organisationen wie ASEAN und Mercosur.

Alle Abkommen müssen in transparenten Verfahren verhandelt und durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. Die AfD lehnt die Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten an private Schiedsgerichte außerhalb von bilateralen Investitionsschutzabkommen ab. Wesentlich stärker als bisher müssen die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen im Rahmen der Außenwirtschaftspolitik Berücksichtigung finden. Bürokratische Hemmnisse wie das Lieferkettengesetz lehnen wir ab. Gleichwohl sind die Standards im Verbraucher- und Umweltschutz sowie im Sozialbereich zu erhalten. Wir unterstützen prinzipiell eine Rückverlagerung der Fertigung für Europa in den europäischen Raum. Auf diese Weise möchten wir den Anteil der Industrie an der Wertschöpfung in Deutschland wieder steigern und regionale, nachhaltige und weniger störanfällige Wirtschaftskreisläufe entwickeln.

Außenpolitik darf nicht auf die Abnutzung in einem Wirtschaftskrieg ausgerichtet sein, sondern muss wieder den Zielen Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Schutz der heimischen Industrie verpflichtet sein. Die bestehenden Sanktionen gegen Russland und Syrien wollen wir aufheben, etwaige Sanktionen gegen China lehnen wir ab. Gegen ungerechtfertigte Handelsbeschränkungen von Drittstaaten sind angemessene Maßnahmen zu ergreifen und der Schutz geistigen Eigentums sowie die Gleichbehandlung von Unternehmen zu sichern.

Außenhandels-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik müssen aufeinander abgestimmt werden. Die Freiheit der See- und Handelswege und damit der Zugang zu Rohstoffen, Energie und Absatzmärkten sind sicherzustellen.

■ Entwicklungspolitik

Die AfD fordert, dass die Entwicklungspolitik wieder ganz auf die nationale Ebene verlagert wird. Von gemeinsamen Projekten sollen jeweils beide Seiten profitieren. Entwicklungshilfe soll Hilfe zur Selbsthilfe sein. Projekte müssen einer strikten Verwendungskontrolle und einer regelmäßigen Evaluierung der Ergebnisse unterzogen werden. Die Gewährung von Entwicklungshilfe ist u. a. an die Bereitschaft zur Rücknahme ausreisepflichtiger Migranten zu knüpfen. Privatwirtschaftliche Initiativen, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und die Versorgungssicherheit sind zu fördern. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist im Bereich der internationalen Entwicklungsfinanzierung zu stärken. Für den afrikanischen Kontinent muss die deutsche Regierung eine ressortübergreifende kohärente Afrika-Strategie ausarbeiten. Atommächten und Staaten, die selbst Entwicklungshilfe gewähren, soll keine Entwicklungshilfe mehr zufließen. Eine europäische Entwicklungspolitik neben der Entwicklungspolitik der Nationalstaaten lehnen wir allein schon aufgrund der damit verbundenen Fragmentierung ab.

■ Auswärtige Kulturpolitik

Aufgabe der auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands muss es sein, Brücken zu anderen Völkern zu bauen, das Wissen um die deutsche Kultur und Geschichte zu vertiefen und die heimische Wirtschaft sowie den Tourismus durch Herstellung und Pflege internationaler Kontakte zu unterstützen. Die derzeit mit diesen Aufgaben betrauten Institutionen (Auslandssender, Goethe-Institut, diverse regionale Einzelprojekte) werden diesem Anspruch seit Jahren nicht gerecht. Deutsch ist die meistgesprochene Sprache in der EU. Deshalb muss die deutsche Sprache in den europäischen Institutionen auch de facto den Sprachen Englisch und Französisch gleichgestellt werden.

Die AfD bekennt sich ausdrücklich zur Fürsorgepflicht Deutschlands gegenüber deutschen Minderheiten im Ausland und wird deren Interessen nachdrücklich unterstützen. Dazu gehört insbesondere die Förderung des Sprachunterrichtes in deutschen Minderheitengebieten, die Förderung deutscher Schulen, Kindergärten, Zeitungen und Bibliotheken sowie der Austausch von Kulturschaffenden über die Grenzen hinweg. Kritisch sehen wir die am 1. September 2022 in Kraft getretene Verordnung des polnischen Bildungsministeriums, den Deutschunterricht für die deutsche Minderheit von drei auf eine Wochenstunde zu kürzen.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass die europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen eingehalten wird.

Verkehr

Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch geleitete Politik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt, benachteiligt oder gar verbietet, lehnt die AfD ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger bei der Wahl des Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben. Staaten können bei der Verwirklichung von Infrastrukturprojekten auf einvernehmlicher Basis zusammenarbeiten. Wir lehnen es aber grundsätzlich ab, der EU weitere Kompetenzen zur Vereinheitlichung der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik einzuräumen. Die AfD spricht sich gegen altersbegrenzende Maßnahmen bei Führerscheinen und insbesondere gegen EU-Pläne über fahrlaubnisbegrenzende Maßnahmen wie Fahrtauglichkeits-Checks für alle ab 70 Jahren aus.

■ Motorisierten Individualverkehr schützen

Die AfD unterstützt und fördert den motorisierten Individualverkehr als beliebteste und modernste Möglichkeit der Fortbewegung. Intelligente Technik und stauvermeidende Verkehrsführung schützen dabei die Umwelt. Wissenschaftlich mangelhaft begründete Maßnahmen, wie z. B. Dieselfahrverbote oder die Ein-

richtung von Umweltspuren, erreichen dies nicht. Gleichzeitig fordert die AfD den Erhalt und Ausbau von innerstädtischen Fahrspuren und Parkraum zur Vermeidung von wachsendem Verkehrschaos sowie zum Schutz der Attraktivität des Einzelhandels. Die AfD lehnt ein generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen strikt ab. Sie möchte Jugendlichen ab 16 Jahren das begleitete Fahren ermöglichen, um frühzeitig und verantwortungsvoll am Straßenverkehr teilzunehmen.

■ Europäische Verkehrsverbindungen stärken

Die wachsende Bedeutung der Ost-West-Verbindungen in Deutschland für das europäische Verkehrsnetz ist auch von der Europäischen Union anzuerkennen und entsprechend zu fördern. Insbesondere die schon über viele Jahre bestehenden Lücken im Autobahnnetz sind schnellstmöglich zu schließen. Viele Autobahnen und Brücken in Deutschland müssen seit langem dringend saniert und instand gesetzt werden. Das geht nur mit effizienten Maßnahmen in der Planung und Ausführung von Baustellen sowie mit schneller Arbeit der Verwaltung. Zudem fordert die AfD eine ausreichende Anzahl an Lkw-Parkplätzen sowie die konsequente Anwendung bestehender Lkw-Überholverbote zum Schutz aller Verkehrsteilnehmer.

■ Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und Wasserwege verlagern

Die Lkw-Maut, die wir national gestalten wollen und deren Regelung durch die EU wir ablehnen, soll dazu beitragen, den Transit-Güterverkehr auf die Schiene und Wasserwege zu lenken. Das Konzept der „Rollenden Landstraße“ und des Wechselbrückenumschlages soll für die Transitverbindungen durch Deutschland mit regelmäßigen Taktungen etabliert werden. Das Netz von Verladestellen und multimodalen Güterverkehrszentren (Straße, Schiene und Wasserwege) ist daher zu verdichten. Die Deutsche Bahn ist hierbei zu ertüchtigen, damit sie diese Aufgabe bewältigen kann. Um Straße und Schiene grenzüberschreitend zu entlasten, fordern wir, die natürlichen Ressourcen des Wassers effizienter zu nutzen sowie marode Schleusen und Wehre flächendeckend zu sanieren.

■ Europäischen Schienenverkehr für die Zukunft ertüchtigen

Die AfD möchte die Rheinschiene von Basel bis Rotterdam zukunftsfähig ausbauen, auch um bereits bestehende Verträge mit unseren Schweizer Nachbarn erfüllen zu können. Im Schienenverkehr muss die Blockade durch länderspezifische Signaleinrichtungen überwunden werden. Die grundsätzlich gute Idee zur Einführung eines einheitlichen europäischen Zugsicherungssystems (ETCS) hat sich unter dem Einfluss nationaler Abschottungsinteressen zu einem Milliardengrab entwickelt. Die AfD setzt sich dafür ein, dieses System auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu reduzieren, um damit europaweite Kompatibilität zu gewährleisten und Kosten zu reduzieren. Für den Ausbau des europäischen Schienennetzes gilt es zunächst, die prekäre Stromversorgung in Deutschland zu stabilisieren, die schon zu zahlreichen Zugausfällen geführt hat.

■ Güterkraftverkehr ohne Lohn- und Sozialdumping

Da annähernd die Hälfte der Lastwagen im Fernverkehr heute aus Osteuropa zu Dumpingpreisen fährt und dabei die Frachterbringung von ausländischen Unternehmen in einem Nachbarland (Kabotage) erheblich ansteigt, besteht Handlungsbedarf. Verstärkte Kontrollen und höhere Strafen bei den Themen Lenkzeit und Fahrerüberlassung im paneuropäischen Güterkraftverkehr planen wir als wirksame Instrumente. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass deutsche Unternehmen wieder konkurrenzfähiger werden.

■ Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken

Die AfD befürwortet die Abschaffung der Luftverkehrsteuer und richtet sich gegen unrealistische EU-CO₂-Reduktionsziele. Der globale Flugverkehr ist von elementarer Bedeutung für Deutschland und Europa – und darf nicht kurzfristig einer unwissenschaftlichen Klima-Hysterie geopfert werden. Die AfD lehnt jedwedes Verbot von Kurzstreckenflügen ab.

■ Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten

Die AfD weiß um die strategische Bedeutung der deutschen Automobil- und Zulieferindustrie. Gerade der für den Großteil der Arbeitsplätze zuständige Mittelstand, insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie, ist abhängig vom Fortbestand des Verbrennungsmotors. Es ist nicht Aufgabe der EU, über das Wie und Ob von Antriebstechnologien von Kraftfahrzeugen zu bestimmen. Die AfD setzt sich generell für den Erhalt des Verbrennungsmotors ein. Die einseitige Bevorzugung von Elektromobilität durch die EU ist sofort zu stoppen, da diese aus Gründen mangelnder Stromkapazität und Infrastruktur gar nicht flächendeckend eingesetzt werden kann. Die Batterieproduktion belastet die Umwelt außerdem weit stärker als der Verbrennungsmotor.

Ob der Verbrennungsmotor eines Tages durch andere Antriebsformen abgelöst wird oder weiter existiert, muss eine reine Frage des technischen Fortschritts sowie des Marktes bleiben. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, welche mit synthetischem Kraftstoff angetrieben werden, müssen hinsichtlich ihrer Abgabenlast mit elektrisch angetriebenen Fahrzeugen gleichbehandelt werden. Dies gilt sowohl für den Energieträger selbst als auch für das Fahrzeug insgesamt. Die AfD spricht sich gegen die geplante Verschärfung der europäischen Abgasnormen aus und lehnt insbesondere Euro 7 ab.

Bauen und Wohnen

Europa zeichnet sich seit Jahrhunderten durch eine Vielfalt nationaler Baustile aus. Die Art zu bauen und wohnen ist in Europa historisch gewachsen und geprägt durch nationale und landschaftliche Eigenheiten. Die gewachsene städtische und dörfliche Wohnkultur ist ein Schatz, den es zu erhalten gilt.

Das Baurecht und die zugehörigen Verordnungen gehören ausschließlich in nationale Zuständigkeiten. Jegliches Eingreifen in die bauliche Planungshoheit der einzelnen EU-Mitgliedstaaten ist abzulehnen. Die AfD verteidigt die Vielfalt der europäischen Baukultur und wendet sich gegen die Vereinheitlichung sowie die Verschärfung der Baurichtlinien durch die EU, die zu einer enormen Kosten- und damit auch Mietsteigerung im Wohnungsbau führen.

■ Keine EU-Zuständigkeit für Bauen und Wohnen

Obwohl die EU keine eigenständige Gesetzgebungskompetenz für die Bereiche Bauen und Wohnen besitzt, versucht sie, auch auf diesem Feld politischen Einfluss zu nehmen. Dies geschieht über die EU-Energiepolitik. Es kann aber keine EU-Vorschrift geben, die für alle Gebäude von Finnland bis Portugal geeignet ist!

Die AfD kämpft gegen die Bestrebungen der EU, ab 2030 nur noch den Bau von sogenannten klimaneutralen Wohnhäusern zu erlauben. Ebenso weisen wir das unrealistische Ziel zurück, den kompletten Gebäudebestand in der EU mittelfristig emissionsfrei umzugestalten. Die EU will Ausnahmen nur noch für historische Gebäude, Kirchen und Verteidigungsanlagen zulassen.

Diese EU-Agenda missachtet den Wunsch der Bürger nach bedarfsgerechtem und kostengünstigem Wohnraum. Die AfD lehnt eine EU-weite Solarpflicht auf den Dächern von neuen und sanierten Wohnhäusern sowie von Industrieanlagen ab. Mit der AfD gibt es keine EU-Sanierungspflicht für angeblich ineffiziente Gebäude.

■ Finanzierung, Förderung und Migration

Die europäische Kreditrichtlinie für Wohnimmobilien verhindert vielfach die erforderliche Kreditfinanzierung für junge Familien, Selbständige und ältere Mitbürger. Deshalb fordert die AfD die ersatzlose Aufhebung der europäischen Wohnimmobilienkreditrichtlinie.

Alle Förderungen der EU zum Wohnungsbau müssen an die nationale und regionale Ebene rückübertragen werden, damit sie dort zielgerichtet und effizient eingesetzt werden können.

Die Migrationspolitik der EU trägt maßgeblich dazu bei, dass auch in Deutschland der Wohnungsmarkt überlastet ist, die Mieten steigen und Einheimische verdrängt werden. Diese Politik muss umgehend beendet werden.

■ Infrastruktur

Analog zur strategischen Ölreserve sind entsprechende Speicher für Gas vorzuhalten, die deutschen Unternehmen und Verbrauchern zur Verfügung stehen. Die Stränge der Nord-Stream-Leitung sind, soweit intakt, umgehend für die Gaslieferung freizugeben. Die Reparatur der durch einen Terroranschlag beschädigten Leitungen ist sofort zu veranlassen.

■ Ideologiefreie Raumplanung und -nutzung

Zurzeit werden in Deutschland und anderen EU-Ländern bestehende Landesentwicklungspläne geändert in Richtung einer vorgeblich „klimabeständigen Raumplanung und -nutzung“. Hierbei wird in erster Linie das Ziel verfolgt, mehr Windparks und großflächige Photovoltaikanlagen überall in Europa zu bauen. Dabei werden Landschafts- und Naturschutz dem vermeintlichen Klimaschutz untergeordnet oder gar geopfert. Das schafft zahllose neue Probleme zu Lasten der Umwelt. Wir fordern deshalb: Keine flächendeckende Privilegierung für Bauwerke zur Erzeugung sogenannter „Erneuerbarer Energien“ im Außenbereich! Stattdessen streben wir die Erhaltung und Stärkung des eigenen Charakters europäischer Regionen an. Das bezieht sich auf die Struktur der Landwirtschaft sowie auf ortstypische Siedlungen.

■ Gleichberechtigung von Stadt und Land

Die Lebensbedingungen im ländlichen Raum dürfen denen in den Städten und Metropolen nicht hinterhinken. Die Stärkung der verkehrlichen und digitalen Infrastruktur unterstützen wir ausdrücklich. Eine entsprechende Förderung der Wirtschaft in ländlichen Gebieten ist ein weiterer Baustein auf dem Weg zu gleichen Lebensbedingungen. Ziel ist der „vitale ländliche Raum“.

Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Tierwohl, Jagd, Umwelt- und Verbraucherschutz

Unsere gewachsene Kulturlandschaft und die Umwelt werden durch einen immer weiter ausufernden und unerbittlichen EU-Zentralismus zunehmend gefährdet. Unter dem Deckmantel der sogenannten Klimaschutzpolitik richten sich Lobbyinteressen gegen eine vernunftgesteuerte und auf regionale Bedürfnisse ausgerichtete Umwelt- und Landwirtschaftspolitik. Durch Implementierung des „Green Deal“ wird eine billionenschwere Umverteilungsmaschinerie in Gang gesetzt, die zu Deindustrialisierung und Naturzerstörung führt. Das schadet Bürgern, Umwelt und Wirtschaft. Dabei wird das Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedsländer – eine der wesentlichen Gründungsleitlinien der EU – weiter unterlaufen.

Die EU hat es nicht geschafft, Landwirtschaft und Umweltschutz sinnvoll miteinander zu verbinden. Ideologisch getriebene Fehlanreize und Partikularinteressen verhindern eine nachhaltige Förderung der Forst- und Landwirtschaft sowie den Erhalt und den Schutz unserer Natur. Eine ausufernde Bürokratie zerstört die Existenz des seit Generationen für die Gesellschaft arbeitenden, regional verwurzelten Bauerntums und des ländlichen Raums.

Die AfD kämpft für ein Deutschland, in dem Ernährungssicherheit und Selbstversorgung auch für zukünftige Generationen gewährleistet bleiben. Dabei soll unsere Landwirtschaft im Einklang mit Natur und Tierschutz die Versorgung der Verbraucher mit hochwertigen und bezahlbaren Lebensmitteln sicherstellen. Deswegen fordern wir statt zentralistischer EU-Bürokratie eine auf regionale Bedürfnisse ausgerichtete Umwelt-, Forst- und Landwirtschaftspolitik.

■ Förderung von Landwirtschaft und ländlichem Raum

Die verschiedenen Sparten der Landwirtschaft – Ackerbau, Viehzucht, Weinbau, Forstwirtschaft und Gartenbau – schaffen Arbeitsplätze und sind als regional angebundene Primärversorger unserer Bevölkerung wichtige Leistungsträger. Wir müssen diesem elementaren Wirtschaftszweig wieder mehr Beachtung schenken. Die Jugend soll ein Verständnis für Natur und Landwirtschaft entwickeln. Regionale Produkte wie Gemüse, Obst, Fleisch und Fisch müssen Vorrang gegenüber Importware genießen. Die strukturellen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft sind so zu gestalten, dass auch kleine und mittelgroße Betriebe langfristig erfolgreich wirtschaften können. Nur so können regionale Wertschöpfungsketten, kurze Transportwege und die Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln auch in Krisenzeiten gewährleistet werden.

Die AfD setzt sich dafür ein, die Unabhängigkeit der Landwirte zu stärken und marktwirtschaftliche Prinzipien wieder in den Vordergrund zu rücken. Eine sach- und leistungsgerechte Vergütung der Landwirte, Viehwirte und Nahrungsmittelproduzenten muss generationengerecht gesichert sein. Dies kann nur mit mehr Selbständigkeit und ohne EU-Verordnungswahn – wie bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die wir ablehnen – geschehen.

Es ist notwendig, Vermarktung und Handel so zu strukturieren, dass kleinere Landwirtschaftsbetriebe gegenüber den Großhandelsketten nicht benachteiligt sind. Dies muss durch die Schaffung fairer Beziehungen zwischen Erzeugern, Handel und Verbrauchern sowie durch eine Stärkung der Direktvermarktung ermöglicht werden.

Die AfD steht für den Erhalt – und, wo immer möglich, auch für die Ausweitung – der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen. Eine Umwidmung von agrarwirtschaftlich hochwertigen Flächen zugunsten von sogenannten Erneuerbaren Energien lehnen wir ab. Auch hier fordern wir: Weniger EU, dafür mehr regionale und nationale Entscheidungsmacht!

Wirksamer Pflanzenschutz muss auf der Basis einer professionellen Ausbildung, guter fachlicher Praxis und neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgen. Wir sind uns bewusst, dass viele dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse durch eine grüne bauern- und technikfeindliche Stimmungsmache manipuliert sind. Den grünen Lobbyismus auf diesem Feld haben wir als Gefahr für unsere Bauern erkannt und werden ihm aktiv entgegenwirken. Auch hier ist dem national-regionalen Handlungsspielraum gegenüber einer zentralbürokratischen EU-Verwaltung Vorzug zu gewähren. Der Einsatz von Gentechnik sollte streng überwacht und stets auf seinen tatsächlichen Nutzen überprüft werden.

Eine vermehrte Inanspruchnahme durch Freiflächen-Photovoltaikanlagen steht dem Ziel einer Flächenschonung entgegen. Insbesondere den Flächenfraß von Biotop- und Agrarflächen durch die sogenannte Agrivoltaik gilt es zu verhindern. Die euphemistisch als „Energieernte“ bezeichnete Inanspruchnahme von Landschafts- und Anbauflächen steht im Widerspruch zur Selbstversorgung und degradiert die hiesige Landwirtschaft zum Gehilfen eines bereits gescheiterten Energiewende-Experiments. Zudem sind die Folgen für den Pflanzenanbau nicht ausreichend erforscht, um mögliche Ernteeinbußen zuverlässig einschätzen zu können.

■ Waldpflege und Forstwirtschaft

Die weitläufigen Waldflächen Europas müssen unter den Aspekten Ökologie, Ökonomie und Erholung geschützt werden. Dies kann jedoch nur unter strikter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips geschehen. Denn die unterschiedlichen klimatischen und geografischen Gegebenheiten erfordern eine angepasste regionale Waldbewirtschaftung ohne eine übergriffige Steuerung durch Brüssel.

Planspiele fernab nationaler Besonderheiten sind deshalb fehl am Platz. Die Waldwirtschaft gehört in die regionale Hand forstwirtschaftlicher Fachleute und Eigentümer. Unstrittig ist der Nutzen des Waldes als Wasserspeicher, Lieferant natürlicher Baustoffe und von Holz als Energieträger. Dabei muss die nachhaltige Bewirtschaftung über Generationen hinweg das unverrückbare Ziel sein!

Die weitere Stilllegung forstwirtschaftlicher Flächen im Sinne eines missverstandenen Schutzgedankens lehnen wir ab. Deutschland benötigt aufgrund seiner dichten Besiedlung eine vernunftorientierte Interessenabwägung bei der Waldnutzung. Für den Erhalt des Waldes ist eine professionelle Bewirtschaftung auch unter dem Aspekt klimatischer Einflüsse unabdingbar. In diesem Zusammenhang steht die AfD für den nachhaltigen Waldumbau.

Wir fordern den Abbau ausufernder Bürokratie und übermäßiger Dokumentationspflichten. Die seit Jahren unter der Schirmherrschaft der EU betriebene Lobbyarbeit selbsternannter Umweltvereinigungen zugunsten der Windkraftindustrie muss schnellstmöglich beendet werden. Die Abholzung des Kulturgutes Wald für Windkraftanlagen lehnen wir ab. Solche Windkraftanlagen können unser Energieproblem nicht lösen.

■ Tierschutz und Tierwohl

Wir bekennen uns zur Tierhaltung in Deutschland. Die AfD steht dabei für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze im Sinne unserer Verantwortung für Tiere als fühlende Mitgeschöpfe! Wir wollen in der Nutztierhaltung artgerechte Haltungssysteme fördern.

Eine regionale, wohnortnahe Nutztierhaltung reduziert den Bedarf an Tiertransporten. Wir setzen uns für eine Transportwegbeschränkung von Lebewesen ein, die sechs Stunden nicht überschreiten darf. Zu Zwecken der

Züchtung muss der Transport von Lebewesen zu definierten Bedingungen unter strikter veterinärmedizinischer Kontrolle durch zertifizierte Unternehmen möglich sein.

Die sich in artgerechter Haltung entwickelnden robusten und gesunden Nutztierbestände tragen durch eine Verminderung des erforderlichen Antibiotikaeinsatzes erheblich zur Vermeidung multiresistenter Keimbildung bei.

Die Schlachtung nach religiösen Ritualen ist nur nach ausreichender Betäubung zu gestatten. Die Dauer der Betäubung muss für den gesamten Schlachtvorgang gewährleistet sein. Der deutsche Standard für Schlachtbetriebe sollte auch bei Importware Anwendung finden.

■ Jagd, Hege und Artenschutz

Jagd ist gelebter Naturschutz. Die AfD unterstützt waidgerechte Jagd im Einklang mit der Natur. Wir stehen für den bewährten Grundsatz Wald mit Wild. Der in linksgrünen Kreisen vorherrschenden „Wald vor Wild“-Ideologie, die Wildarten zu Schädlingen degradiert, erteilen wir eine klare Absage. Denn diese steht in Widerspruch zu Tierschutz und Wildbiologie – und damit zur waidgerechten Jagd!

Die weitere Beeinträchtigung der waidgerechten Jagdausübung durch EU-Vorschriften im Jagd-, Waffen- und Lebensmittelrecht ist zu verhindern. Bereits bestehende Vorschriften sind zu überprüfen und den Interessen von Landwirten, Wald- und Grundbesitzern sowie Jägern anzugleichen. Die gute Ausbildung der Jagdscheininhaber in Deutschland darf nicht durch EU-Vorschriften verwässert werden.

Über aktives Management sollen problematische Wildtier-Bestandsgrößen zeitnah regional überwacht und korrigiert werden können. Wie das Beispiel Wolf zeigt, muss Realitätssinn Vorrang vor einer unkontrollierten Ansiedlung haben. Die Population des Wolfes muss als einheitlicher europäischer Bestand verstanden werden. Sie sollte räumlich und zahlenmäßig nach schwedischem und norwegischem Vorbild reglementiert werden. Dafür ist der Wolf von Anhang IV in Anhang V der FFH-Richtlinie zu überführen.

Invasive Arten und deren Wildtierpopulationen bedrohen unsere heimische Artenvielfalt, den Wildbesatz sowie die Land- und Viehwirtschaft. Regulierung und Zurückdrängung dieser Arten müssen unbürokratisch möglich sein, um die Natur zu stabilisieren und eine Gefährdung der heimischen Flora und Fauna zu verhindern.

■ Windkraftindustrie gegen Arten- und Landschaftsschutz

Windenergieanlagen stellen grundsätzlich eine Gefährdung für Pflanzen und Tiere sowie eine Beeinträchtigung der Gesundheit und der Lebensqualität der Menschen dar. Insbesondere der Tod von Vögeln, Fledermäusen und Insekten wird als Kollateralschaden der linksgrünen Energietransformation in Kauf genommen. Folgen daraus sind Bestandsrückgänge, die zum Aussterben geschützter Arten führen können. Keine andere Energieform fordert einen solch hohen Blutzoll in der Tierwelt wie die Windkraftindustrie! Die Auswirkungen von durch Windkraftanlagen verursachten Bodenerosionen und Windschleppen sind schnellstmöglich zu erforschen. Bis zur Feststellung dieser Auswirkungen sind weitere Genehmigungen auszusetzen. Zudem hat diese Energieerzeugungsart massive Auswirkungen auf den Boden- und den Wasserhaushalt. Weitere Schädigungen unserer Natur im Namen eines vermeintlichen Klimaschutzes müssen unter allen Umständen verhindert werden.

■ Gewässerschutz

Mit der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie wurden für den Bereich der EU zentrale Grenzwerte vorgegeben, die für die Mitgliedstaaten verpflichtend sind. Ein derart zentralistisch geregelter Ordnungsrahmen verursacht in den einzelnen Regionen unterschiedliche Anpassungsschwierigkeiten und überbordende Bürokratie, die Maßnahmen beim Überschreiten von evidenzbasierten Grenzwerten verhindern. Daher gehört der Gewässerschutz hauptsächlich in die Hände der Nationalstaaten und in Deutschland in die der Bundesländer. Diese können in abgestimmter Zusammenarbeit mit Vertretern von Kommunen, Landwirtschaft und weiteren Akteuren wesentlich effektiver den Gewässerschutz sicherstellen.

■ Verbraucherschutz

Der Verbraucher muss den zunehmend global agierenden Unternehmen auf Augenhöhe begegnen können. Bei vielen Nahrungsmitteln, Finanzprodukten und Sachgütern fehlen dem Verbraucher jedoch wesentliche Informationen über Produktherkunft und -qualität. Die AfD will die Verbraucher in die Lage versetzen, eine informierte Kaufentscheidung treffen zu können, und fordert, die asymmetrische Informationslage zwischen Verbrauchern und Unternehmern auszugleichen. Dabei wollen wir die Verbraucher weder staatlich bevormunden noch mit zu vielen Informationen verwirren. Unsere Ziele sind klar erkennbare, transparente Informationen und aufgeklärte Verbraucher. Dies darf jedoch nicht zu unpraktikablen Vorschriften führen.

Deutschland verfügt über eine gut funktionierende Lebensmittelkontrolle. Hier bedarf es keiner übergeordneten EU-Behörde. Wir lehnen supranationale Eingriffe in Verfahrensabläufe ab und setzen uns für die Rückverlagerung von Kompetenzen hin zu den Nationalstaaten ein. Auf europäischer Ebene können gesamt-europäische Fragestellungen erörtert und dann im Abgleich entschieden werden – nicht umgekehrt. Die europäische Harmonisierung der Lebensmittelsicherheit darf keine Absenkung des Niveaus in Deutschland bewirken. Wir lehnen daher zentralistische Vorschriften ab.

Wir fordern ein effizientes Schnellwarnsystem für Futtermittel- und Lebensmittelsicherheit. Bei begründetem Verdacht auf schädliche Produkte, Lebensmittelgifte oder Tierseuchen setzen wir uns für Kontrollen an den europäischen Binnengrenzen ein. Ferner fordern wir die Kennzeichnung von Produkten mit einer klaren Deklaration über Inhalt und Gewicht mit Bezug zum Verkaufspreis ein, um Verbrauchertäuschung zu verhindern. So darf es keine verdeckte Beimischung von Insekten in Lebensmitteln geben, sondern diese ist deutlich zu kennzeichnen. Generell treten wir dafür ein, dass die EU-Insektenfreigabe rückgängig gemacht wird. Die AfD tritt dafür ein, auf den Verpackungen prominent zu platzieren, ob Insekten oder Insektenteile enthalten sind. Die AfD lehnt eine Aufweichung geltender Standards durch einseitig ausgehandelte Freihandelsabkommen entschieden ab!

Klima, Energie und Digitalisierung

CO₂ bildet eine der Grundlagen unserer Existenz. Ohne CO₂ in der Luft gäbe es keine Pflanzen. Seit dem Bestehen der Erde hat sich das Klima stets geändert. Ein konstantes Klima über lange Zeiträume hat es nie gegeben. Auch seit der letzten Eiszeit vor etwa 10.000 Jahren wechselte das Klima in Europa zwischen Phasen, die kälter oder wärmer waren als das aktuelle Klima. Die jetzigen klimatischen Veränderungen ordnen sich vollkommen normal – auch in ihrer Geschwindigkeit – in diesen Wechsel ein. Trotz des durch Medien und Politik verbreiteten Alarmismus zeigen sich in der Realität weder vermehrte Extremwetterereignisse noch ein beschleunigt ansteigender Meeresspiegel. Seitdem Menschen in Europa siedeln, haben sie sich immer an Klimaveränderungen angepasst. Auch heute ist Anpassung der einzig mögliche Umgang mit Klimaveränderungen.

Die Verantwortung für die Anpassung an klimatische Bedingungen obliegt den einzelnen Nationen der EU. Bei etwaigen Veränderungen liegt die Entscheidung über Maßnahmen bei den Ländern in Reaktion auf die eigene Betroffenheit. Aufseiten Deutschlands bedürfen die klimatischen Veränderungen der jüngeren Vergangenheit keinerlei spezieller Maßnahmen. Die Aufwendung von Mitteln und Regularien in Reaktion auf nur etwaige künftige Veränderungen ist unnötig, ökonomisch und ökologisch unverantwortlich.

Der hohe Wohlstand eines Landes, eine starke Industrie und Wirtschaft erlauben es, sowohl auf Wetterereignisse als auch auf klimatische Veränderungen nötigenfalls kurzfristig zu reagieren – auch aus diesem Grund will die AfD der Wohlstandsvernichtung in den Ländern der Union Einhalt gebieten.

Eine intakte Landschaft und Natur beispielsweise mit hoher Biodiversität, wenig versiegelten Flächen, vernünftigem Gewässermanagement mit naturbelassenen Flüssen und Auen ist auch in Bezug auf verschiedenste Wetterlagen widerstandsfähiger und flexibler. Darum setzt sich die AfD für eine entsprechende Umweltpolitik ein. Dazu gehört insbesondere das Energiekonzept der AfD, welches auf Ressourcenschonung und geringen Flächenverbrauch abzielt.

Fossile Energieträger waren und sind die Grundlage unseres Wohlstands. Die Behauptung einer Bedrohung durch den menschengemachten Klimawandel basiert nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Sie ist vielmehr eine politische Agenda zur Besteuerung der Luft zum Atmen und damit der Durchsetzung gesellschaftlicher Umgestaltungen (Große Transformation). Es ist ein ökosozialistisches Projekt, welches zwangsläufig zur dramatischen Reduktion des Wohlstandes und zur totalitären Freiheitseinschränkung führt. Der jetzt schon schwindende Wohlstand und unsere mangelnde Zukunftsfähigkeit sind eine direkte Folge der aus rein politischen Gründen betriebenen Dekarbonisierung. Befangen in der Ideologie der großen Gesellschaftstransformation, begibt sich die EU immer stärker auf einen internationalen Sonderweg. Der globale Haupttreiber dieser fatalen Ideologie sind die nicht demokratisch legitimierten Brüsseler Bürokraten mit ihrem Green Deal.

■ Keine ökosozialistische Umverteilung: „Fit für 55“

Das Paket „Fit für 55“ ist eine aus der Hand der EU-Kommission in Verordnungen und Richtlinien gegossene Dystopie eines ökosozialistischen Brüsseler Haftungs- und Umverteilungsstaates. Die Ziffer 55 steht dabei für die bis zum Jahr 2030 geforderte Reduktion der CO₂-Emissionen um 55 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990. In den verbleibenden Jahren bis 2030 soll die Emission also um 31 Prozent verringert werden – in den letzten 32 Jahren wurden bereits 24 Prozent erreicht. Allein dies zeigt die Ignoranz hinsichtlich Datengrundlage, Machbarkeit und Vernunft. Das Paket „Fit für 55“ stellt die rechtliche Untersetzung des „Green Deal“ und damit eines transformativen Wandels unserer Wirtschaft, Gesellschaft und Industrie dar. Seine Grundlage ist das 2021 beschlossene Europäische Klimagesetz.

Dieses von seinen Initiatoren als „unumkehrbar“ bezeichnete Generalgesetz fordert die Anpassung aller zukünftigen und bereits bestehenden Gesetze. Damit will man aus Brüssel unter Umgehung aller demokratisch gewählten und legitimierten nationalen Parlamente direkt in das persönliche Leben eines jeden Bürgers hineinregieren. Vielen Bürgern ist nicht bewusst, dass EU-Verordnungen automatisch Gültigkeit ohne Zustimmung des Deutschen Bundestages besitzen. Mittels der medial befeuerten Klimakatastrophen-Vorhersage will „Fit für 55“ nicht nur eine Energiewende, sondern auch eine Konsumwende, eine Ressourcenwende, eine Mobilitätswende, eine Ernährungswende und eine industrielle Wende umsetzen. Das geplante Verbot von Öl- und Gasheizungen ist ein schwerer Eingriff in die Eigentums- und Grundrechte der Bürger, den die AfD politisch bekämpft.

Durch politische Reformen will die EU eine umfangreiche CO₂-Bepreisung in der gesamten Wirtschaft durchsetzen. Dies soll dann Veränderungen im Verhalten der Verbraucher und Unternehmer bewirken. Explodierende Energiepreise sind nur das erste Signal „grüner Weltrettung“. Der dadurch bewusst herbeigeführte Energiemangel soll einen dem Brüsseler Zentralstaat hilflos ausgelieferten und von monetären Wohltaten abhängigen

Bürger hervorbringen. Er zementiert gleichzeitig eine noch nie dagewesene Umverteilung des Vermögens der deutschen Steuerzahler auf EU-Ebene. Dank der fortgesetzten Ausrufung von sogenannten Krisen, wie Klima-, Finanz-, Migrations-, Corona- und Gaskrise, ist es Brüssel möglich, Finanzpakete in beispielloser Höhe bei „der Verteilung der verbundenen Belastungen auf die Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihres relativen Wohlstands“ einzufordern.

Diese münden in der gemeinsamen Schuldenaufnahme des „NextGenerationEU“-Fonds. Zudem will die Kommission mit dem kommenden Europäischen Notstandsgesetz die direkte Kontrolle über den Wirtschaftssektor bis hinunter zu den einzelnen Unternehmen an sich ziehen. Ein „koordiniertes“ Konzept für die Risiko- und Krisenkommunikation gegenüber der Öffentlichkeit ist geplant. Die Feststellung eines Krisenfalls würde dann ohne parlamentarische Kontrolle erfolgen. Der Weg in einen planwirtschaftlich agierenden Überwachungsstaat ist vorgezeichnet.

■ CO₂-Steuer, Klimawahn und Grenzwerte

Die AfD lässt nicht zu, dass der Mensch anhand seines CO₂-Abdrucks beurteilt wird. Wir teilen die irrationale CO₂-Hysterie nicht, die unsere Gesellschaft, Kultur und Lebensweise strukturell zerstört. Wir stehen für Freiheit, Fortschritt und Wissenschaft!

Wir wollen keine EU-Grenzwerte, die Klimalobbyisten gegen die elementarsten Interessen Deutschlands durchsetzen können. Wir stehen klar für eine vernunftbasierte Grenzwertdiskussion: Maßnahmen müssen sachlich begründet, sinnvoll, bezahlbar und durchführbar sein! Die AfD stellt sich auch konsequent gegen „Greenwashing“, wobei in Drittstaaten unter prekären Bedingungen Rohstoffe mit erheblicher Schädigung der Umwelt abgebaut werden.

Mit dem durch die EU beschlossenen Verbot von Verbrennungsmotoren bis zum Jahr 2035, welches von allen Altparteien mitgetragen wird, verfolgt sie das Ziel, den Individualverkehr für den Großteil der Bevölkerung abzuschaffen. Die AfD steht auf der Seite der Bürger, die auf das Auto angewiesen sind oder die Freiheit des Individualverkehrs als zivilisatorische Errungenschaft ansehen. Die Alternative für Deutschland lehnt daher Fahrverbote strikt ab.

■ Energie

Günstige und zuverlässige Energie ist der Schlüssel zu Wohlstand und Fortschritt. Volatile Energieträger sind trotz jahrzehntelanger Subventionen teuer und zur Versorgung der EU untauglich. Sie zerstören Natur- und Siedlungsraum. Speicher sind nicht umsetzbar. „Bio“-Gas und -treibstoffe entziehen der Lebensmittelerzeugung wertvolle Flächen und verteuern beide Güter. Aufgrund dieser ideologischen Energiepolitik werden Strom, Mobilität, warme Wohnungen und Nahrung für die Bürger zum Luxus. Industriebetriebe wie Verbraucher leiden unter den weltweit höchsten Energiepreisen. Abwanderung oder Verarmung sind die Folge. Wie am Ukraine-Konflikt ersichtlich, besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Energie- und Außenpolitik.

Günstiges Erdgas für Haushalte und Betriebe ist von geostrategischem Interesse für Deutschland und Europa. Zukünftig sind einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Die AfD strebt eine Neuorientierung der deutschen Energieversorgung ohne ideologische Scheuklappen an. Dabei sind weder unkonventionelle Schiefergasgewinnung noch Kernenergie oder Braunkohle auszuschließen. Schiefergasgewinnung wird seit Jahrzehnten auch in Deutschland praktiziert. Bei Einhaltung gängiger Vorschriften kann eine Umweltverschmutzung ausgeschlossen werden. Die Kernenergie bietet mit jahrzehntelang bewährter Hochsicherheitstechnologie eine umweltfreundliche und preisgünstige Energieversorgung für die nächsten Jahrtausende. Die Kohleverstromung ist dank ausgereifter Luftfilter sauber und unter anderem für die Gipsherstellung notwendig.

Konkret sind unsere Forderungen:

- ▶ Abschaffung aller Klimaschutzgesetze auf nationaler und europäischer Ebene sowie Stopp der Programme „Green Deal“, „Fit für 55“ und anderer CO₂-Reduktionspläne der Brüsseler Bürokraten.
- ▶ Abschaffung des EU-Emissionshandels und kein „CO₂-Ausgleich“ an den EU-Außengrenzen.
- ▶ Renationalisierung der Energiepolitik.
- ▶ Jeder Staat muss seine Versorgung mit Strom selbst sicherstellen.
- ▶ Streichung der Subventionen für die volatile Solar- und Windenergie.
- ▶ Diversifizierung der Energielieferanten (Staaten und Techniken).
- ▶ Aufklärung der Nord-Stream-Anschläge und Reparatur der beschädigten Leitungen.
- ▶ Kernenergieforschung wieder aufnehmen. Deutschland und Europa müssen wieder zu den führenden Anbietern im Bereich der Kernenergie werden. Gerade mit Blick auf den politisch herbeigeführten Abbau von deutschen industriellen Fähigkeiten im Bereich der Kerntechnik sind hierfür europäische und internationale Forschungskooperationen anzustreben.
- ▶ Wiederaufnahme der Stromproduktion in den sechs seit dem Ende des Jahres 2021 außer Dienst gestellten deutschen Kernkraftwerken.
- ▶ Regulatorische Benachteiligung von Kernenergie aufheben (z. B. Taxonomie).
- ▶ Kohleverstromung (inkl. Braunkohle) erhalten, mindestens bis ausreichend Kernreaktoren am Netz sind.

Digitalisierung

Die Freiheit der Bürger im Internet wird von Jahr zu Jahr durch meist politisch oder ideologisch begründete Eingriffe von Reichweiteinschränkungen bis hin zum Ausschluss aus Diensten (Deplatforming) immer weiter eingeschränkt. Dies widerspricht unserem Verständnis von Freiheit. Vielmehr muss der Staat sich wieder auf den Sinn und Zweck des Internets besinnen: nämlich Menschen und Informationen zu verbinden. Die Digitalisierungsverordnungen der EU lehnen wir ab, da sie immer auch Überwachung oder Zensur zum Inhalt haben. Sie bedrohen die Freiheit der Bürger und die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Länder. Überbürokratisierung kostet Milliarden und verhindert Unternehmensgründungen und die Entwicklung neuer digitaler Techniken. Genannt seien DSGVO, Upload-Filter und das Leistungsschutzrecht. Die Mitgliedsländer der EU sind weitgehend von externer Hard- und Software abhängig. So kommt es auch bei der Hardware zu Problemen hinsichtlich der Sicherheit und Freiheit der Bürger durch absichtliche Lücken (Backdoors) oder unbestimmte Spionagesoftware im Hintergrund. Ein vorrangiges Ziel muss es daher sein, die Sicherheit der IT-Infrastruktur wiederherzustellen und unabhängiger von außereuropäischen Märkten zu werden, auch in Bezug auf die Datenhoheit. Für eine freiheitliche Gesellschaft ist es unabdingbar, dass digitale Netze und Angebote vertrauenswürdig sind und die Privatsphäre der Benutzer gewahrt bleibt.

Konkret sind unsere Forderungen:

- ▶ Die Freiheitsrechte der Bürger dürfen durch Digitalisierung nicht eingeschränkt werden.
- ▶ Die EU muss von Plattformanbietern die Offenlegung und Einstellung aller Zensur-Aktivitäten einfordern.
- ▶ Die Freiheit der Bürger in Bezug auf Wort und Daten sichern (Recht auf Verschlüsselung und Netzneutralität).
- ▶ Die Regulierung der Digitalisierung muss in nationaler Hand liegen und auf EU-Ebene muss Datensparsamkeit herrschen. Wir lehnen einen „Datenkraken EU“ ab.
- ▶ Die DSGVO, die Verordnung zum Leistungsschutzrecht und Upload-Filter sind abzuschaffen.
- ▶ Die Entwicklung europäischer, quelloffener Hard- und Software ist zur Stärkung der digitalen Souveränität zu fördern.
- ▶ Das Beschaffungswesen der öffentlichen Hand ist verpflichtend an strategischen und sicherheitspolitischen Erwägungen auszurichten.
- ▶ Ein Recht auf analoges Leben der Bürger: der Umgang mit Behörden und die Nutzung öffentlicher Einrichtungen müssen auch ohne digitale Identität möglich sein.
- ▶ Der Erhalt des Bargelds als uneingeschränktes Zahlungsmittel (Stichwort „digitaler Euro“).
- ▶ Keine digitale Erfassung sämtlicher Vermögenswerte in einem EU-Zentralregister.

Für einen bürgerfreundlichen Datenschutz

Die DSGVO ist nicht nur ein Beispiel für Überbürokratisierung durch die EU, sondern steht auch für die systematische Missachtung des Grundsatzes der Subsidiarität. Auch die Zuständigkeit für den Datenschutz muss wieder den Nationalstaaten überantwortet werden.

Die Datenschutz-Grundverordnung in der derzeitigen Form ist durch eine bürgerfreundliche nationale Regelung zu ersetzen.

Gesundheitspolitik

Gesundheitspolitik muss in nationaler Verantwortung bleiben.

Seit dem Beginn der „Corona-Pandemie“ im Jahre 2020 wird deutlich erkennbar, dass sich auch in der Gesundheitspolitik der Einfluss der EU zu Lasten der Einzelstaaten immer mehr verstärkt. Die Folge ist eine massive Ausweitung des Einflusses der EU-Kommission und der EU-Agenturen EMA, ECDC, HERA und künftig EHDS auf die Gesundheitspolitik der Nationalstaaten. So kann die EU-Kommission ohne Zustimmung des EU-Parlamentes künftig Pandemien und Gesundheitsnotstände ausrufen. Die Seuchenkontrollbehörde (ECDC) ist dann befugt, die Gesundheitspolitik der Länder zu überwachen, dort einzugreifen und Notfall-Assistenzteams in die Länder zu entsenden. Durch Beschlüsse in EU-Institutionen mit fragwürdiger Legitimation und nicht zuletzt durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) soll den Bürgern vorgeschrieben werden, wie sie mit eminent wichtigen Gesundheitsfragen umgehen und welche Einschränkungen der persönlichen Entscheidungsfreiheit sie hinzunehmen haben. Wir fordern eine EU-rechtliche Klarstellung, dass die Gesundheitspolitik im Zuständigkeitsbereich der nationalen Parlamente verbleibt. Ebenso lehnen wir auch die Verlagerung von Kompetenzen an die WHO entschieden ab.

Krankenhäuser nicht weiter privatisieren

In den letzten Jahrzehnten ist ein sich stetig verstärkender Trend zur Privatisierung von Krankenhäusern zu beobachten. Der Marktanteil der privatisierten Kliniken beträgt bundesweit mittlerweile ca. ein Drittel und hat damit eine kritische Größe erreicht, um die vom deutschen Gesetzgeber geforderte Trägervielfalt aus öffentlichen, frei-gemeinnützigen und privaten Trägern zu gefährden. Die Krankenhäuser müssen als kritische Infrastruktur überwiegend in öffentlicher oder gemeinnütziger Hand verbleiben. Ebenso muss der gesetzlich verankerte Sicherstellungsauftrag durch die öffentliche Hand auch gewährleistet werden. Eine Einflussnahme der EU auf den Betrieb und die Finanzierung von Krankenhäusern in Deutschland sowie eine weitere Privatisierung lehnt die AfD daher ab. Dies gilt sinngemäß auch für stationäre Pflegeeinrichtungen und für Medizinische Versorgungszentren (MVZ).

Arzneimittelversorgung sichern

Zur Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Arzneimitteln ist nach wie vor ein landesweites Netz an inhabergeführten Apotheken unabdingbar, was gerade auch für strukturschwache Regionen von großer Bedeutung ist, da die Apotheke im Ort zu den wesentlichen Voraussetzungen für eine regionale Strukturpolitik gehört. Dieses regional verankerte Versorgungsmodell wird jedoch durch den zunehmenden Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten bedroht. Aus diesem Grund haben die meisten EU-Staaten den Versandhandel verboten oder stark eingeschränkt. Auch in Deutschland sollte der Versandhandel von Arzneien nicht mehr gestattet werden. Die nicht rezeptpflichtigen Medikamente können weiterhin ohne Einschränkungen auch über das Internet vertrieben werden.

Um überregionale Lieferengpässe zu vermeiden, ist sicherzustellen, dass in Deutschland verwendete Arzneimittel ausschließlich in Europa produziert werden. Darüber hinaus soll der Arzneimittelgroßhandel in Deutschland verpflichtet werden, mindestens einen durchschnittlichen Zweimonatsbedarf an versorgungsrelevanten Arzneimitteln ständig vorrätig zu halten. Kurze Wege und die Stärkung der heimischen Produktion sind zu fördern.

■ Keine medizinische Behandlung im Sinne des „Gender Mainstreaming“

Nach den Gesetzesänderungen vom Mai 2021 („Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung“) wird in Deutschland eine Geschlechtsumwandlung auch von Minderjährigen ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten wesentlich erleichtert. Dies schließt die Verwendung von sogenannten „Pubertätsblockern“ ein, um die geschlechtliche Entwicklung Minderjähriger pharmakologisch zu verzögern und operative Eingriffe im Sinne einer „Geschlechtsangleichung“ vorzubereiten. Die Folgen für die Heranwachsenden sind unumkehrbar; die lebenslangen physischen wie psychischen Schäden sind immens.

Was in Deutschland bereits in Gesetzesform vorliegt, soll auf EU-Ebene als verbindliches „Recht“ für alle Bürger eingeführt werden. Das lehnen wir strikt ab. Auch der Frühsexualisierung in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, die entsprechenden Vorschub leisten soll, muss entschieden entgegengetreten werden.

■ Keine Impfpflicht

Die Ständige Impfkommission (Stiko) listet ein umfangreiches Tableau an Standardimpfungen auf, die ausdrücklich nur empfohlen werden und damit der Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Bürger unterliegen. Ein staatlich erzeugter Impfdruck (z. B. bei Covid-19) und ein von der EU geplantes digitales Impfschein wären erste Schritte hin zu weiteren staatlich verordneten Impfungen einschließlich der mRNA-Injektionen. Damit schränkt der Staat das im Grundgesetz verankerte Selbstbestimmungsrecht der Bürger über ihren eigenen Körper grundrechtswidrig ein und verlagert eine Impfentscheidung von der persönlichen auf die staatliche Ebene, wo durch massiven Druck bis hin zur Entziehung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage der Bürger eine Entscheidung zugunsten einer Impfung erzwungen werden soll. Eine freie und rechtlich wirksame Impfentscheidung ist unter diesen Umständen ausgeschlossen. Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit sowie das Selbstbestimmungsrecht dürfen auf keinen Fall angetastet werden.

■ Stopp aller Corona-Impfungen

Aufgrund überproportional auftretender schwerer Impfschäden, einer alarmierenden Übersterblichkeit, der toxischen Spikewirkung und nachgewiesener Gefäßschädigungen, die jedes Organ betreffen können, fordern wir den Stopp der Zulassung von mRNA- und vektorbasierten Corona-Injektionen durch die EU-Kommission und eine breite und öffentliche Untersuchung durch ein unabhängiges Gremium. Eine juristische Aufarbeitung der Zulassung von Corona-Injektionen durch die EU-Kommission auf Empfehlung der Europäischen Arzneimittel-Agentur halten wir für unabdingbar. Mittlerweile werden immer mehr warnende Stimmen aus den Bereichen von Medizin und Wissenschaft, vor allem von Gynäkologen und Kinderärzten, laut. Selbst aus dem Bestattungswesen gibt es warnende Stimmen! Diese Personen sind deutlich zu vernehmen und ihre Warnsignale sind ernsthaft und unabhängig zu prüfen. Um die Öffentlichkeit in die Untersuchungen einzubinden, sollen Bürger direkt beteiligt werden und besonders Corona-Impfgeschädigte von ihren Erfahrungen berichten können. Wir fordern auch die vollständige Rehabilitierung aller Bürger, die im Verlauf der Corona-Krise rechtliche Nachteile und juristische Verfahren aufgrund ihrer kritischen Haltung zur staatlichen Impf- und Corona-Politik erlitten haben.

■ Den Beruf des Heilpraktikers bewahren

Der EuGH hat das Verbot der Berufsausübung von Heilpraktikern in Österreich bestätigt und damit klargestellt, dass die Heilpraktikertätigkeit für ihn nicht schützenswert ist. Auch in Deutschland gibt es Bestrebungen, die Ausübung dieses Berufes stark einzuschränken oder ganz zu verbieten. Für die AfD gehört die Möglichkeit, Leistungen von Heilpraktikern in Anspruch zu nehmen, zur Selbstbestimmung des Patienten über seinen Körper und über seine persönliche Gesundheitsvorsorge. Jeder Patient soll eigenverantwortlich über die ihn jeweils betreffenden medizinischen Maßnahmen entscheiden. Eine staatliche Bevormundung in diesem höchst persönlichen Bereich ist entschieden abzulehnen. Eine Pflicht zur Kostenerstattung durch die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung sollte damit nicht verbunden sein.

■ Nur nach deutschen Standards qualifiziertes Personal einsetzen

Zu Ärzten, Therapeuten, Apothekern oder Pflegekräften, die sprachliche Defizite aufweisen, kann weder Vertrauen aufgebaut werden, noch können Missverständnisse im Behandlungsablauf ausgeschlossen werden. Die Beschäftigung von ausländischem Personal, das oftmals sprachliche Defizite aufweist, kann somit keine Lösung zur Behebung des Personalmangels im Gesundheitswesen darstellen. Medizinisches Personal muss über gute Sprachkenntnisse verfügen und seine fachliche Qualifikation muss uneingeschränkt dem deutschen Standard entsprechen. Dem Mangel an Ärzten muss vorwiegend durch eine Vergrößerung der Studienplatzkapazitäten begegnet werden, zumal in Deutschland kein Mangel an qualifizierten Studienplatzbewerbern besteht.

■ Medizintechnik

Durch die vom Europäischen Parlament verabschiedete neue Medizinprodukteverordnung („Medical Device Regulation“ – MDR), die unmittelbar in nationales Recht übergeht, werden die deutschen Hersteller von medizintechnischen Produkten vor enorme bürokratische Herausforderungen gestellt, die auch mit erheblichen Kosten für die Firmen (und letztlich für den Endabnehmer der Medizinprodukte) verbunden sind. Jedes bereits im Verkehr befindliche Medizinprodukt musste aufgrund der genannten Richtlinie nachträglich bis zum 22. Juli 2022 zertifiziert werden, was wohl gar nicht möglich war.

Zwar wurde diese Frist mittlerweile für einzelne Produktgruppen verlängert, doch für die vielen kleineren Hersteller in Deutschland (mit Schwerpunkt in Südwestdeutschland) ist der bürokratische Aufwand nicht zu bewältigen, zumal auch die Anzahl der Zertifizierungsstellen viel zu gering ist. Es ist im Interesse der vielen innovativen, kleinen (und auch größeren) Medizintechnikfirmen in Deutschland, darauf hinzuwirken, dass für bereits im Verkehr befindliche Produkte ein Bestandsschutz eingeführt wird. Diese erprobten und bewährten Produkte würden dann nach einer unbürokratischen Registrierung als zertifiziert anerkannt.

■ Missbrauch von medizinischen Daten verhindern

Der geplante Europäische Gesundheitsdatenraum (EHDS) soll die Nutzung von individuellen Gesundheitsdaten für die Allgemeinheit ermöglichen. Er wäre ein weiteres bürokratisches Monstrum, birgt ein erhebliches Missbrauchspotenzial und führt zur Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte. Persönliche Gesundheitsdaten sind kein öffentliches Gut. Sie sind ein schützenswerter Ausdruck von Individualität und verlangen äußerste Diskretion. Sie dürfen niemals Verfügungsmasse politischer und kommerzieller Begehrlichkeiten und ideologischer Interessen sein. Deshalb lehnt die AfD eine zentralistische Speicherung von Patientendaten auf EU-Ebene strikt ab.

■ Familie und Demografie

Die Familie ist das Herzstück jeder Gesellschaft und steht deshalb in Deutschland unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Alle Menschen haben das Recht, ihren Familienstand frei zu wählen. Andere Formen des Zusammenlebens als die Ehe zwischen Mann und Frau sind zu respektieren, damit aber nicht gleichzustellen. Die AfD bekennt sich in ihrer Familienpolitik zum klassischen Leitbild der Familie, in der Vater und Mutter in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder sorgen. Die einzigartige und privilegierte Position von Vater und Mutter im Hinblick auf den Schutz des Kindeswohls und die Erziehung muss in vollem Umfang erhalten bleiben. Wir streben Chancengleichheit für Frauen und Männer an und unterstützen es, wenn Menschen traditionelle Geschlechterrollen leben.

■ Kinder sind sinnstiftend, bereichernd und lebensnotwendig

Ohne Familien mit Kindern können unsere europäischen Gesellschaften, unsere Kulturen und unsere Freiheit nicht bestehen. Daher stehen die Bedürfnisse der Kinder im Mittelpunkt unserer Familienpolitik.

Nicht nur Deutschland, sondern nahezu alle europäischen Staaten kämpfen mit den Folgeproblemen niedriger Geburtenraten und einer Überalterung der Gesellschaft. Viele Regierungen versuchen, den Bevölkerungsschwund durch Zuwanderung auszugleichen, obwohl dies nachweislich nicht gelingen kann und zu massiven kulturellen und sozialen Problemen beim Zusammenleben führt. Die AfD will hingegen deutlich mehr junge Paare ermutigen und unterstützen, eine Familie zu gründen und mehrere Kinder zu bekommen. Die Förderung soll deutlich über das hinausgehen, was in Frankreich, Polen und Ungarn bereits umgesetzt wird. Kinder sind Zukunft!

■ Eigenverantwortung der Familien stärken

Familien regeln ihre Angelegenheiten am besten selbständig und eigenverantwortlich. Nur wenn dies nicht gelingt, ist Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Die AfD fordert, dass diese ausschließlich auf nationalstaatlicher Ebene erfolgt. Die EU ist nicht für Familienpolitik zuständig. Sie darf daher nicht in Familien hineinregieren, ihre Lebensentwürfe beeinflussen oder gar konkret durch Quoten steuern. Indem die Europäische Union gesellschafts- und familienpolitische Handlungsfelder zunehmend an sich zieht, verletzt sie das elementare Subsidiaritätsprinzip, auf das sie sich selbst verpflichtet hat. Die AfD wird sich dem energisch widersetzen. Wir lehnen jede Verknüpfung finanzieller Zuwendungen mit der Durchsetzung ideologischer Ziele strikt ab. Die Gesetzgebungskompetenz zu allen ethischen und familienpolitischen Themen, insbesondere beim Lebens-, Selbstbestimmungs-, Eheschließungs- und Scheidungsrecht, muss bei den Nationalstaaten verbleiben.

■ Gesellschaftliche Leistung von Familien würdigen

Von den Leistungen der Familien profitieren alle. Die Kosten, die Arbeit und der dafür nötige Verzicht werden allerdings weitgehend von den Familien getragen. Aufgrund dieser Gerechtigkeitslücke entscheiden sich immer weniger Paare für Kinder.

Der rapide Rückgang von Mehrkindfamilien in den Mittelschichten und die hohe Zahl der Kinderlosen unter den Leistungsträgern sind die Hauptgründe für die demografische Katastrophe der westlichen Gesellschaften

und für den daraus folgenden Fachkräftemangel. Hinzu kommt die sehr geringe Wertschätzung gegenüber Eltern und ihrer Erziehungsarbeit durch Politik, Medien, Wirtschaft und Gesellschaft. Familien werden gegenüber Kinderlosen benachteiligt. Die AfD setzt sich deshalb für nationalstaatliche Konzepte zur Verbesserung der Lebensqualität von Familien ein.

■ Abtreibungen müssen zur Ausnahme werden

Das Recht auf Leben ist ein fundamentales Menschenrecht. Es steht dem Wunsch auf Abtreibung diametral entgegen. Ohne das Recht auf Leben kann kein anderes Menschenrecht in Anspruch genommen werden. Jeder Mensch ist ab der Befruchtung ein Mensch (EuGH-Urteil C-34/10). Daher muss Abtreibung die absolute Ausnahme werden, z. B. bei kriminologischen oder bei medizinischen Indikationen.

Aktuell versuchen einflussreiche Gruppierungen in der EU, Abtreibung zur Normalität oder sogar zum „Menschenrecht“ zu erklären. Einige bezeichnen gar das Fehlen von Abtreibungsmöglichkeiten als „Folter“. Damit würde auch die ausgewogene Regelung des § 218 StGB in Deutschland gekippt werden. Dieser grotesken Bagatellisierung und Verharmlosung der Kindstötung wird die AfD im Europaparlament entschieden entgegenzutreten.

Die AfD lehnt jede EU-Förderung von Organisationen oder Maßnahmen ab, durch die Abtreibungen forciert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Mütter umfangreiche Unterstützung in der Schwangerschaft und nach der Geburt erhalten, insbesondere in schwierigen Lebenslagen.

Andererseits sind immer mehr ungewollt kinderlose Paare bereit, Geld für ein Kind zu zahlen. Bezahlte Leihmutterschaft ist jedoch eine Form von Kinderhandel. Daher lehnen wir ein „Recht aufs Kind“ und kommerzielle Leihmutterschaften ab. Adoptionen können eine Lösung für beide Problembereiche sein, sollten aber weiterhin auf nationaler Ebene geregelt werden.

■ Gender-Ideologie stoppen

Es ist eine biologische Tatsache und kein soziales Konstrukt, dass es genau zwei Geschlechter gibt: Frau und Mann. Die Pseudowissenschaft der Gender-Ideologie bestreitet diese biologische Grundtatsache. Die EU muss jede Förderung dieser skandalösen Ideologie sofort beenden.

Den größten Schaden richtet die Gender-Ideologie bei Kindern und Jugendlichen in der Pubertät an. Sie werden dadurch in ihrer Entwicklung massiv beeinträchtigt und tragen in vielen Fällen dauerhafte Schäden davon. Die AfD fordert ein Verbot von „Geschlechtsumwandlungen“ bei Minderjährigen sowie eine rigide Einschränkung von medikamentösen Behandlungen, z. B. mit Pubertätsblockern.

■ Kindergeld nach Bedarf

Allein im Jahr 2021 wurden ca. 459 Millionen Euro deutsche Steuermittel als Kindergeld ins Ausland gezahlt – unabhängig von den Lebensverhältnissen der Kinder in den Empfängerländern. Das ist ungerecht und schafft erhebliche Anreize zur Sozialmigration. Die bestehende Regelung muss durch Korrektur der EU-Verordnung 883/2004 geändert werden.

■ Nein zum „Europäischen Bildungsraum“

Obwohl das Grundgesetz festlegt, dass Bildungspolitik Ländersache ist, maßen sich der Bund und die EU immer mehr Kompetenzen im Bildungsbereich an. Diese gehen auf europäischer Ebene längst über das sinnvolle Maß, wie etwa die Organisation von Austauschprogrammen, hinaus. Dabei übernimmt die EU-Kommission häufig die ihr von verschiedenen Interessenverbänden und Lobbygruppen diktierte Agenda. Gemeinsames Ziel dieser Akteure ist die Herstellung eines weitgehend vereinheitlichten, zentralisierten „Europäischen Bildungsraums“, der nicht dem humanistischen Bildungsideal folgt und in dem die Schüler nicht zu selbständigem Denken angeregt werden. Davon zeugen EU-getriebene Programme wie etwa „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE), Inklusion und Gender Mainstreaming. Die AfD lehnt die Schaffung eines „Europäischen Bildungsraums“ ab. Wir werden der EU die Kompetenzen, die sie sich im Bildungsbereich angeeignet hat oder die ihr von den Mitgliedstaaten übertragen wurden, wieder entziehen.

■ Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre wiederherstellen

Auch bei der akademischen Bildung möchte die EU den europäischen Bildungsraum weiter vereinheitlichen. Damit würden sich die durch den Bologna-Prozess eingeleiteten Qualitätsabsenkungen verstetigen. Wir fordern: Deutschland muss wieder ein Land der unabhängigen Spitzenforschung werden. Der ideologische Einfluss der Politik, beispielsweise im Bereich der Klimaforschung, der Medizinforschung und der Migrationsforschung, muss vermindert werden. Wissenschaft muss die Kontroversität der fachlichen Debatte abbilden. Grundlagenforschung muss gestärkt werden.

Hochschulen sollen das Recht besitzen, Bewerber durch Aufnahmeprüfungen auszuwählen. Quotenregelungen für verbesserte Zugangsmöglichkeiten und Abschlussqualifikationen für angeblich benachteiligte und unterrepräsentierte Gruppen widersprechen dem Leistungsprinzip unserer Bildungssysteme. Genau dies ist aber der Ansatz der EU-Kommission, deren ideologische Projekte, wie Genderismus, Multikulturalismus oder Identitätspolitik, das Leistungsprinzip unseres föderalen Bildungssystems aushöhlen.

Die AfD will das hohe wissenschaftliche Niveau der deutschen Universitäten wiederherstellen. Diplom- und Magisterstudiengänge müssen wieder möglich sein. Eine künstliche Erhöhung der Akademikerquote, wie sie die EU fordert, lehnen wir ab. Das duale Studium eröffnet qualitativ hochwertige, stark praxisorientierte und passgenaue Spezialisierungen und ist somit ein weiterer geeigneter Weg, dem Fachkräftemangel wirkungsvoll zu begegnen.

■ Duale Ausbildung, Meisterprüfung und duales Studium stärken

Die EU möchte bis 2025 einen „wahrhaft gemeinsamen europäischen Bildungsraum“ etablieren. Es besteht die Gefahr, dass unsere erfolgreiche deutsche duale Ausbildung – ähnlich wie die akademische Ausbildung im Bologna-Prozess – entwertet wird. Das in Deutschland erfolgreiche System der dualen Ausbildung und des dualen Studiums muss erhalten bleiben und kann den übrigen europäischen Ländern als Vorbild dienen. Aus diesem Grund fordert die AfD, die in Deutschland im dualen System verliehenen Bildungsabschlüsse mit den akademischen Abschlüssen anderer europäischer Länder gleichzustellen.

■ „Inklusion“ – aber richtig

Die Forderung der Vereinten Nationen und der EU, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist in Deutschland mit dem Förderschulsystem erfüllt. Eine Inklusion um jeden Preis geht zu Lasten der Bildungsqualität aller Beteiligten. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen und für eine Inklusion mit Augenmaß ein.

■ Ideologischen Durchgriff der EU auf deutsche Kinder und Jugendliche verhindern

Die EU fördert in einer Vielzahl von Programmen die Ideologisierung unserer Jugend ab der Kita. Wir fordern: Bildungseinrichtungen dürfen kein Ort der politischen Indoktrination sein. An deutschen Bildungseinrichtungen wird durch den zunehmenden Einfluss der EU „Haltung“ statt Wissen vermittelt. Leitbild der Bildung im Sinne der Aufklärung muss jedoch der mündige Bürger mit eigenem Urteilsvermögen sein. Wir lehnen die Ökonomisierung und Ideologisierung von Bildung ab und fordern die Rückkehr zum humanistischen Bildungsideal. Die Gendersprache erschwert den Spracherwerb und das sinnerfassende Lesen in ganz Europa. Wir lehnen die unnatürliche Umgestaltung der Sprache als Mittel zur Durchsetzung der Gender-Ideologie ab. Wir lehnen jede Form der Gendersprache ab. Das generische Maskulinum ist die korrekte, natürliche und ideologiefreie Ausdrucks- und Schreibweise. Die Verwendung von Gendersprache in Bildungseinrichtungen von Lehrern wie Schülern ist nicht statthaft. Notenabzüge oder andere Benachteiligungen für die Verwendung des generischen Maskulinum lehnen wir dementsprechend entschieden ab. Die bereits in der Kita praktizierte Gender-Ideologie entwertet das vom Grundgesetz geschützte Recht der Eltern auf Erziehung und verunsichert Kinder in ihrer sexuellen Identität und natürlichen Entwicklung.

■ Digitalisierung mit Verstand und Augenmaß

Mit ihrem „Aktionsplan für digitale Bildung“ und der „Governance der Schulbildungssysteme“ versucht die EU, sich unter Verletzung des Subsidiaritätsprinzips auch hier neue Zuständigkeiten zu verschaffen. Da die Folgen eines komplett digitalisierten Unterrichts noch nicht erforscht sind, befürchten wir negative Auswirkungen für das Kindeswohl. Einen mit der Digitalisierung verbundenen Einzug von Werbung in den Unterricht lehnen wir genauso ab wie die Ökonomisierung des Bildungsprozesses oder eine Monopolisierung der Lehrmedien und deren Inhalte.

Der Lehrer ist und bleibt die wichtigste Bezugsperson für alle Schüler; er muss deshalb die Verantwortung und die Kontrolle für das Bildungsgeschehen im Klassenzimmer behalten. Dies betrifft auch den Umgang mit neuen Formen der Künstlichen Intelligenz. Abzulehnen sind alle Bestrebungen, den Unterricht generell zu digitalisieren und dabei die Erarbeitung von Wissen aus dem analogen Lernprozess herauszulösen.

■ Forschungsprogramm „Horizon Europe“ und andere

Die Forschungs- und Innovationsförderungsaktivitäten der Europäischen Union werden in dem ideologisch getriebenen Programm „Horizon Europe“ mit einem Etat von 95 Milliarden Euro über sieben Jahre zusammengefasst. Dazu kommen erhebliche weitere EU-Mittel, welche die Förderung unter den „Klimanachhaltigkeitsaspekt“ stellen. Behandelt werden u. a. folgende Themen: Kultur, Kreativität, inklusive Gesellschaft, Sicherheit für die Zivilgesellschaft, Klima, Energie, Mobilität, Lebensmittel, Bioökonomie. Über die Mittelzuteilung durch den politisch besetzten europäischen Wissenschafts- und Innovationsrat wird gezielt in die Wissenschaftsfreiheit eingegriffen. Politisch für besonders wichtig erachtete Themen werden darüber hinaus

durch ausgerufene Missionen verfolgt, wie die Erreichung von „Klimaresilienz“ und die Gestaltung „klima-neutraler“ (z. B. autofreier) und „smarter“ Städte.

Die AfD steht für uneingeschränkte Forschungsfreiheit und Technologieoffenheit zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen. Als Treiber von Innovationen sehen wir die wissenschaftliche Neugier, den wissenschaftlichen Fortschritt und die Bedürfnisse von Bürgern und Marktteilnehmern. Innovationen erwachsen nicht aus staatlichen Institutionen, die gesellschaftspolitische oder wissenschaftlich nicht begründbare Ziele verfolgen.

Die AfD begrüßt die internationale Zusammenarbeit, wie sie in der Wissenschaftsgemeinde gang und gäbe ist. Sie fühlt sich der Subsidiarität verpflichtet und will, wo immer möglich, die Forschungsförderung in nationaler Hoheit zu belassen.

Unsere Forderungen lauten daher:

- ▶ Technikoffenheit und Forschungsfreiheit ohne ideologische Förderung.
- ▶ Europäische Forschungs- und Innovationsförderung zurückfahren, kein Nachfolgeprogramm zu „Horizon 2020“, Europäischen Wissenschaftsrat auflösen.
- ▶ Subsidiarität respektieren: Forschungs- und Innovationsförderung in nationaler Hand oder auf Basis von bi- und multilateralen Abkommen der Mitgliedsländer.
- ▶ Ziele der AfD sind die Stärkung der Autarkie der Mitgliedstaaten der EU in Schlüsselindustrien (Wehrtechnik, Energieversorgung, Mobilität, Digitalisierung inklusive Kryptografie, Gesundheits- und Nahrungsmittelversorgung) sowie eine Diversifizierung der Grundlagenforschung.
- ▶ Marktverzerrungen beenden, Technikverbote (Verbrennungsmotor, Öl-/Gasheizung) abschaffen.

Zu den Ausnahmen, die wir sinnvollerweise im Wege internationaler Zusammenarbeit angehen wollen, gehören Großprojekte wie das europäische Raumfahrtprogramm, die Aktivitäten von Euratom zur Forschung an fortschrittlichen Kernkraftwerken und die Fusionsforschung.

Kulturpolitik

Der kulturelle Reichtum Europas liegt in der Vielfalt seiner Traditionen, Sprachen und Regionen. Die Kulturpolitik der EU verfolgt – gemeinsam mit UN-Institutionen und Nichtregierungsorganisationen – das Ziel, diese europäische Vielfalt in einer künstlich geschaffenen Einheitskultur aufzulösen. Durch Maßnahmen zur Inklusion, Chancengleichheit, Diversität und Geschlechtergerechtigkeit sorgt man nicht nur für Quoten in der Kulturförderung, sondern erzeugt auch einen ideologischen Konformitätsdruck. Auch der Kampf gegen „Rassismus“ und „Diskriminierung“, von denen die europäischen Gesellschaften angeblich strukturell durchsetzt seien, wird von der EU vorangetrieben. Das sorgt für ein repressives kulturelles Klima im Sinne einer immer rigideren „politischen Korrektheit“ und für „Cancel Culture“ gegenüber allen abweichenden Positionen. Darüber hinaus trägt die Unterordnung der europäischen Kulturpolitik unter die Ziele des „Green Deal“ zur Ideologisierung des Kulturlebens bei. Die AfD stellt sich diesen Bestrebungen strikt entgegen und hält auch in kultureller Hinsicht an einem Europa der Nationen fest.

Kulturhoheit der Nationen verteidigen

Die AfD vertritt den Gedanken der Subsidiarität. Kulturpolitik ist in Deutschland Angelegenheit der Bundesländer und muss sich entwickeln können. Die millionenschweren kulturellen Rahmenprogramme der EU führen zu einer ideologischen Gängelung, die auf die „Vereinigten Staaten von Europa“ hinarbeitet und die nationalen Leitkulturen aushöhlt.

Kulturerbe bewahren

Die AfD setzt sich für den Erhalt und die Pflege des deutschen und europäischen Kulturerbes ein. EU-Mittel sollten nur für Notfälle bereitgestellt werden, um einen Verlust von Kulturgut zu verhindern. Den derzeit herrschenden Zwang zur Kooperation zwischen verschiedenen EU-Mitgliedstaaten, um an Fördermittel zu gelangen, lehnen wir ab. Die Mittelvergabe darf nicht an Rahmenvorgaben der politischen Korrektheit, etwa an Auflagen des „Gender Mainstreaming“ oder „Diversity“-Vorgaben, gebunden werden.

Keine Schuld- und Schamkultur

Der europaweit grassierenden Tendenz, die Kolonialgeschichte der europäischen Nationen als Verbrechen Geschichte zu erzählen, setzt die AfD eine differenzierte Sicht auf die deutsche und europäische Kolonialzeit entgegen. Die Schuld- und Schamkultur, wie sie die postkolonialistische Ideologie in ganz Europa etablieren will, wird den historischen Tatsachen nicht gerecht. Wir lehnen sie deshalb ab. Straßenumbenennungen, Denkmalstürze oder gar eine „Entkolonialisierung“ unseres Denkens und Sprechens entspringen nicht „historischer Gerechtigkeit“, sondern einem antieuropäischen, oft auch „antiweißen“ Affekt. Ihm stellen wir ein selbstbewusstes Bekenntnis zur eigenen Geschichte – mit all ihrem Licht und Schatten – entgegen. Restitution von Kulturgut aus kolonialem Kontext sehen wir nur in wenigen Ausnahmefällen für begründet an, es darf nicht zur Regel werden.

Für Freiheit und Unabhängigkeit der sozialen Medien

Ein freier, vom Staat unabhängiger Journalismus sowie die Möglichkeit für jeden Bürger, sich im Rahmen des gesetzlich Zulässigen frei in den sozialen Medien äußern und mit anderen austauschen zu können, sind unabdingbare Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie. Daher lehnt die AfD alle Bestrebungen der EU ab, Kontrolle über die Medien auszuüben, Medienangebote Dritter zu zensieren oder die Meinungsfreiheit zu beschränken, wie sie in Initiativen wie dem „European Democracy Action Plan“, dem „Digital Service Act“ oder dem sogenannten „Medienfreiheitsgesetz“ zum Ausdruck kommen. Insbesondere treten wir allen Versuchen der EU entgegen, eine europaweite Medienaufsicht und -regulierung an den nationalen Zuständigkeiten vorbei zu etablieren.

Alternative für Deutschland

Eichhorster Weg 80
13435 Berlin

Telefon: 030 220 23-000

Telefax: 030 220 23-009

E-Mail: kontakt@afd.de

Internet: www.afd.de

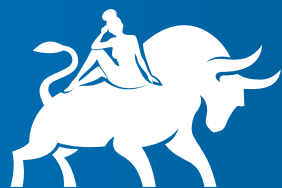
Facebook: fb.me/alternatiefuerde

fb.me/afdkompakt

Twitter: twitter.com/afd

Youtube: youtube.com/@AfDTV

Instagram: instagram.com/afd.bund



**EUROPA
NEU DENKEN!**

